



Brüssel, den XXX
[...](2021) XXX draft

MITTEILUNG DER KOMMISSION

Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Breitbandnetzen

MITTEILUNG DER KOMMISSION

Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Breitbandnetzen

INHALT

1	EINLEITUNG	3
2	ANWENDUNGSBEREICH, ARTEN VON BREITBANDNETZEN, BEGRIFFSBESTIMMUNGEN	5
2.1	Anwendungsbereich	5
2.2	Begriffsbestimmungen	7
2.3	Arten von Breitbandnetzen.....	8
2.3.1	Feste ultraschnelle Zugangsnetze	8
2.3.2	Mobilfunk-Zugangsnetze	9
2.3.3	Backhaul-Netze	10
3	PRÜFUNG DER VEREINBARKEIT MIT DEM BINNENMARKT NACH ARTIKEL 106 ABSATZ 2 AEUV	10
4	PRÜFUNG DER VEREINBARKEIT MIT DEM BINNENMARKT NACH ARTIKEL 107 ABSATZ 3 BUCHSTABE C AEUV.....	12
5	BEIHILFEN FÜR DEN AUSBAU VON BREITBANDNETZEN FÜR DIE ELEKTRONISCHE KOMMUNIKATION	14
5.1	Erste Voraussetzung: Förderung der Entwicklung eines Wirtschaftszweigs..	14
5.1.1	Die Rolle von Netzen bei der Ermöglichung und Förderung von Wirtschaftszweigen	14
5.1.2	Anreizeffekt.....	14
5.1.3	Einhaltung sonstiger Bestimmungen des Unionsrechts	15
5.2	Zweite Voraussetzung: Die Beihilfemaßnahme darf die Handelsbedingungen nicht in einer Weise verändern, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft.....	16
5.2.1	Positive Auswirkungen der Beihilfe.....	16
5.2.2	Erforderlichkeit staatlicher Maßnahmen	16
5.2.3	Geeignetheit der Beihilfemaßnahme als politisches Instrument	27
5.2.4	Verhältnismäßigkeit der Beihilfemaßnahme.....	33
5.2.5	Negative Auswirkungen auf Wettbewerb und Handel.....	44
5.2.6	Abwägung der positiven Auswirkungen der Beihilfe gegen die negativen Auswirkungen auf Wettbewerb und Handel.....	44
6	VEREINBARKEITSPRÜFUNG IN BEZUG AUF ANREIZE ZUR BREITBANDNUTZUNG.....	45

6.1	Sozialgutscheine	47
6.2	Konnektivitätsgutscheine	48
6.2.1	Erste Voraussetzung	49
6.2.2	Zweite Voraussetzung	49
7	TRANSPARENZ, BERICHTERSTATTUNG, MONITORING	51
7.1	Transparenz	51
7.2	Berichterstattung	52
7.3	Monitoring.....	52
8	EX-POST-EVALUIERUNGSPLAN	52
9	SCHLUSSBESTIMMUNGEN	54

1 EINLEITUNG

- (1) Konnektivität ist der wichtigste Baustein des digitalen Wandels. Sie ist von strategischer Bedeutung für Wachstum und Innovation in allen Wirtschaftszweigen der Union sowie für den sozialen und territorialen Zusammenhalt.
- (2) Die Union hat in der „Gigabit-Mitteilung“¹, in der Mitteilung über die „Gestaltung der digitalen Zukunft Europas“², in der Mitteilung „Digitaler Kompass“³ und in ihrem Vorschlag für einen Beschluss über das Politikprogramm für 2030 „Weg in die digitale Dekade“ (Digital Decade Policy Programme, DDPP)⁴ ehrgeizige Konnektivitätsziele festgelegt.
- (3) In der Gigabit-Mitteilung legte die Kommission folgende Konnektivitätsziele für 2025 fest: i) Alle Privathaushalte in der Union sollten unabhängig davon, ob sie sich auf dem Land oder in der Stadt befinden, über eine Internetanbindung mit einer Download-Geschwindigkeit von mindestens 100 Mbit/s verfügen, die auf 1 Gbit/s aufgerüstet werden kann. ii) Sozioökonomische Schwerpunktbereiche, wie zum Beispiel stark digitalisierte Unternehmen, Schulen, Krankenhäuser und die öffentliche Verwaltung, sollten über eine Gigabit-Anbindung verfügen (1 Gbit/s im Upload und im Download). iii) Alle Stadtgebiete und wichtigen Verkehrsverbindungen sollten über eine durchgängige 5G-Konnektivität verfügen.
- (4) In der Mitteilung über die Gestaltung der digitalen Zukunft Europas wird erläutert, dass der Begriff „100 Mbit/s, auf Gigabit-Geschwindigkeit aufrüstbar“ die Erwartung der Kommission widerspiegelt, dass im Laufe des Jahrzehnts immer mehr Haushalte eine Geschwindigkeit von 1 Gbit/s benötigen werden.
- (5) In der Mitteilung über den digitalen Kompass ist die Zielsetzung einer Gigabit-Netzanbindung⁵ für alle Haushalte in der Union und einer 5G-Versorgung aller besiedelten Gebiete bis 2030 festgelegt. Im DDPP-Vorschlag wird betont, dass „der gesellschaftliche Bedarf an Upload- und Download-Bandbreiten ständig zunimmt. Bis 2030 sollten Netze mit Gigabit-Geschwindigkeiten für alle, die solche Kapazitäten benötigen oder wünschen, zu erschwinglichen Bedingungen zur Verfügung stehen.“

¹ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 14. September 2016 „Konnektivität für einen wettbewerbsfähigen digitalen Binnenmarkt – Hin zu einer europäischen Gigabit-Gesellschaft“ (COM(2016) 587 final).

² Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 19. Februar 2020 „Gestaltung der digitalen Zukunft Europas“ (COM(2020) 67 final).

³ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 9. März 2021 „Digitaler Kompass 2030: der europäische Weg in die digitale Dekade“ (COM(2021) 118 final).

⁴ Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das Politikprogramm für 2030 „Weg in die digitale Dekade“, COM(2021) 574 final, 2021/0293 (COD).

⁵ Beim gegenwärtigen Entwicklungsstand können Glasfaser bis in das Gebäude (FTTH), Glasfaser bis an das Gebäude (FTTB) und DOCSIS 3.1 (leistungsstarke Kabelnetze) Download-Geschwindigkeiten von 1 Gbit/s liefern.

- (6) Um die Ziele der Union für 2025 und 2030 zu erreichen, sind angemessene Investitionen erforderlich. Solche Investitionen kommen in erster Linie von kommerziellen Investoren und können im Einklang mit den Beihilfenvorschriften erforderlichenfalls durch öffentliche Mittel ergänzt werden. In der Mitteilung über die Gestaltung der digitalen Zukunft Europas ist angegeben, dass in der Union eine Investitionslücke von insgesamt schätzungsweise 65 Mrd. EUR pro Jahr für digitale Infrastruktur und Netze besteht.
- (7) Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, wie bedeutsam leistungsstarke elektronische Kommunikationsnetze für Menschen, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen sind. Am 27. Mai 2020 legte die Kommission ihren Vorschlag für einen umfassenden Aufbauplan zur Abfederung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie vor: NextGenerationEU⁶. Eine der Hauptprioritäten der Aufbau- und Resilienzfazilität⁷ ist die Unterstützung des digitalen Wandels durch Konnektivitätsmaßnahmen, die insbesondere darauf abzielen, die digitale Kluft zwischen städtischen und ländlichen Gebieten zu überbrücken und einem Marktversagen im Hinblick auf den Ausbau leistungsfähiger Netze entgegenzuwirken. Nach der Verordnung über die Aufbau- und Resilienzfazilität muss jeder Mitgliedstaat mindestens 20 % der ihm zugewiesenen Finanzmittel für Maßnahmen zur Förderung des digitalen Wandels aufwenden.
- (8) Darüber hinaus können elektronische Kommunikationsnetze dazu beitragen, Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Das in der Mitteilung über den europäischen Grünen Deal⁸ festgelegte Ziel der Klimaneutralität der Union bis 2050 kann ohne einen grundlegenden digitalen Wandel der Gesellschaft nicht erreicht werden. Eine der grundlegenden Komponenten des digitalen Wandels der Union ist die Entwicklung gesicherter und leistungsfähiger elektronischer Kommunikationsnetze, die einen bedeutenden Beitrag zu den wichtigsten Umweltzielen der Union leisten. Gleichzeitig müssen auch die elektronischen Kommunikationsnetze selbst nachhaltiger sowie energie- und ressourceneffizienter werden.
- (9) Der Sektor der elektronischen Kommunikation ist grundlegend liberalisiert worden und unterliegt inzwischen sektoralen Vorschriften. Der Europäische Kodex für die elektronische Kommunikation (im Folgenden „Kodex“) wurde durch die Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates⁹ geschaffen. Der Kodex

⁶ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 27. Mai 2020 „Die Stunde Europas: Schäden beheben und Perspektiven für die nächste Generation eröffnen“ (COM(2020) 456 final).

⁷ Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2021 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ABl. L 57 vom 18.2.2021, S. 17) und Verordnung (EU) 2020/2094 des Rates vom 14. Dezember 2020 zur Schaffung eines Aufbauinstruments der Europäischen Union zur Unterstützung der Erholung nach der COVID-19-Krise (ABl. L 433I vom 22.12.2020, S. 23).

⁸ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 11. Dezember 2019 „Der europäische Grüne Deal“ (COM(2019) 640 final).

⁹ Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36).

bildet den Rechtsrahmen für die elektronische Kommunikation und sieht unter anderem vor, dass die nationalen Regulierungsbehörden (im Folgenden „NRB“) Unternehmen, die über beträchtliche Marktmacht verfügen, Zugangsverpflichtungen auferlegen können¹⁰. Der Markt für den lokalen Zugang an festen Standorten auf Vorleistungsebene unterliegt in fast allen Mitgliedstaaten einer Vorabregulierung. Eine solche Regulierung ist wichtig, um wettbewerbsorientierte Märkte zu stärken, Investitionen zu fördern und eine größere Auswahl für die Verbraucher zu schaffen. Der weitere Ausbau von Breitbandnetzen wird weiterhin ein Eingreifen der NRB erfordern, da diese eine wichtige Rolle unter anderem bei der Gewährleistung eines effektiven Wettbewerbs im Bereich der elektronischen Kommunikation spielen.

- (10) Die Wettbewerbspolitik und insbesondere die Beihilfevorschriften spielen eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele der digitalen Strategie und der Entwicklung einer koordinierten Investitionsstrategie für die Konnektivität. Mit der Beihilfenkontrolle im Breitbandbereich soll sichergestellt werden, dass die staatlichen Beihilfemaßnahmen zu einer höheren Breitbandabdeckung und -nutzung führen, als dies ohne staatliche Beihilfen der Fall wäre, bei gleichzeitiger Unterstützung höherwertigerer und erschwinglicherer Dienstleistungen und wettbewerbsfördernder Investitionen. In jedem Fall sollte bei staatlichen Eingriffen die Gefahr einer Verdrängung privater Investitionen, einer Beeinträchtigung kommerzieller Investitionsanreize und damit letztlich die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderlaufen würden, so weit wie möglich begrenzt werden.
- (11) Im Jahr 2020 leitete die Kommission eine Evaluierung der Breitbandleitlinien von 2013¹¹ ein, um zu prüfen, ob diese nach wie vor ihren Zweck erfüllen. Die Ergebnisse¹² haben gezeigt, dass die Vorschriften grundsätzlich ihren Zweck erfüllen. Aus der Evaluierung ging jedoch hervor, dass einige gezielte Anpassungen erforderlich sind. So sollten die Breitbandleitlinien insbesondere dahin gehend angepasst werden, dass den jüngsten legislativen Entwicklungen, aktuellen Prioritäten sowie marktbezogenen und technologischen Entwicklungen Rechnung getragen wird¹³.

2 ANWENDUNGSBEREICH, ARTEN VON BREITBANDNETZEN, BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

2.1 Anwendungsbereich

- (12) Um zu verhindern, dass staatliche Beihilfen den Wettbewerb im Binnenmarkt verzerren oder zu verzerren drohen und den Handel zwischen Mitgliedstaaten erheblich beeinträchtigen, sind staatliche Beihilfen nach Artikel 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (im Folgenden „AEUV“)

¹⁰ Siehe Artikel 73 der Richtlinie (EU) 2018/1972.

¹¹ Mitteilung der Kommission vom 26. Januar 2013 „Leitlinien der EU für die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau“ (ABl. C 25 vom 26.1.2013) (im Folgenden „Breitbandleitlinien von 2013“).

¹² Siehe Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen zu den Ergebnissen der Evaluierung vom 7. Juli 2021, SWD(2021) 195 final.

¹³ Siehe Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen, Evaluierung (Zusammenfassung) der Vorschriften über staatlichen Beihilfen für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur (SWD(2021) 194 final).

grundsätzlich verboten¹⁴. In bestimmten Fällen können staatliche Beihilfen jedoch auf der Grundlage von Artikel 107 Absatz 2 und 107 Absatz 3 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar sein.

- (13) Die Mitgliedstaaten müssen staatliche Beihilfen gemäß Artikel 108 Absatz 3 AEUV anmelden, mit Ausnahme von Maßnahmen, die die Voraussetzungen der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission erfüllen¹⁵.
- (14) Diese Leitlinien geben Aufschluss darüber, wie die Kommission auf der Grundlage von Artikel 106 Absatz 2, Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c und Artikel 107 Absatz 2 Buchstabe a AEUV die Vereinbarkeit staatlicher Beihilfen für den Ausbau und/oder die Nutzung von Festnetz- und Mobilfunk-Breitbandnetzen für die elektronische Kommunikation mit dem Binnenmarkt prüfen wird.
- (15) Staatliche Maßnahmen, die eine der Voraussetzungen nach Artikel 107 Absatz 1 AEUV nicht erfüllen, stellen keine staatliche Beihilfe dar¹⁶. Folglich unterliegen sie nicht den in diesen Leitlinien festgelegten Grundsätzen für die Prüfung der Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt.
- (16) Unionsmittel, die von Organen, Agenturen, gemeinsamen Unternehmen oder anderen Stellen der Union zentral verwaltet werden und nicht direkt oder indirekt der Kontrolle von Mitgliedstaaten¹⁷ unterstehen, stellen keine staatlichen Beihilfen dar.
- (17) Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der Leitlinien der Kommission für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten dürfen keine Beihilfen für den Ausbau und/oder die Nutzung von Breitbandnetzen für die elektronische Kommunikation gewährt werden¹⁸.
- (18) Bei der Prüfung einer Beihilfe für ein Unternehmen, das einer ausstehenden Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission unterliegt, mit dem eine Beihilfe für rechtswidrig und mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklärt wurde, wird die Kommission den noch zurückzuzahlenden Beihilfebeträg berücksichtigen¹⁹.

¹⁴ Siehe auch Abschnitt 2.1 der Breitbandleitlinien.

¹⁵ Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 AEUV (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1).

¹⁶ Anhang II enthält einen umfassenden, aber nicht erschöpfenden Überblick über die Fälle, in denen die Anwendbarkeit der Beihilfevorschriften bzw. das Vorliegen einer staatlichen Beihilfe ausgeschlossen werden kann.

¹⁷ Wie zum Beispiel Finanzmittel, die aus der Fazilität „Connecting Europe“ (Verordnung (EU) 2021/1153 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2021 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“ und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1316/2013 und (EU) Nr. 283/2014 (ABl. L 249 vom 14.7.2021, S. 38)) bereitgestellt werden.

¹⁸ Mitteilung der Kommission „Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten“ (ABl. C 249 vom 31.7.2014, S. 1).

¹⁹ Siehe Urteil des Gerichts erster Instanz vom 13. September 1995, TWD/Kommission, verbundene Rechtssachen T-244/93 und T-486/93, ECLI:EU:T:1995:160, Rn. 56. Siehe auch die Mitteilung der

2.2 Begriffsbestimmungen

(19) Für die Zwecke dieser Leitlinien bezeichnet der Ausdruck

- a) „*Breitbandnetz für die elektronische Kommunikation*“ ein Netz, das unter Einsatz verschiedener Technologien einen Hochgeschwindigkeits-Internetzugang bereitstellt und das aktive und passive Komponenten umfasst;
- b) „*Festnetz*“ ein elektronisches Kommunikationsnetz, das unter Einsatz verschiedener Technologien – wie Kabel, digitale Teilnehmeranschlussleitungen (Digital Subscriber Line, DSL), Glasfaserkabel und drahtlose Verbindungen – Endnutzern an einem festen Standort Datenübertragungsdienste in Hochgeschwindigkeit bereitstellt;
- c) „*Mobilfunknetz*“ ein drahtloses elektronisches Kommunikationsnetz, das unter Einsatz verschiedener Generationen von Mobilfunktechnologien (2G, 3G, 4G, 5G, 6G usw.) Endnutzern an jedem Ort innerhalb eines Netzgebiets Netzanbindung bereitstellt;
- d) „*Zugangsnetz*“ den Teilbereich eines Breitbandnetzes für die elektronische Kommunikation, der das Backhaul-Netz mit dem Gebäude des Endnutzers verbindet;
- e) „*Backhaul-Netz*“ den Teilbereich eines Breitbandnetzes für die elektronische Kommunikation, der das Backbone-Netz mit dem Zugangsnetz verbindet; dies ist also nicht der Teil des Netzes, über den die Endnutzer angeschlossen werden;
- f) „*Backbone-Netz*“ das Kernnetz, das Backhaul-Netze untereinander verbindet; in diesem Teil des Netzes wird der Verkehr aller Endnutzer gebündelt und darüber werden verschiedene Gebiete oder Regionen miteinander verbunden;
- g) „*aktives Netz*“ ein Breitbandnetz mit aktiven Komponenten (z. B. Transponder, Router und Switches, Funk-Basisstationen, Steuerungs- und Verwaltungsserver) und passiven Komponenten (zum Beispiel Leerrohre, Pfähle, Masten, unbeschaltete Glasfaserleitungen, Straßenverteilerkästen und Einstiegsschächte);
- h) „*passives Netz*“ ein Breitbandnetz ohne aktive Komponenten, das in der Regel den physischen Teil des Netzes (Rohre, Masten, Leerrohre, Kontrollkammern, Einstiegsschächte, Straßenverteilerkästen, Türme und Pfähle usw.) und Breitbandkabel (unbeschaltete Glasfaserleitungen, Kupferkabel usw.) umfasst;
- i) „*Geschwindigkeit*“ die Leistungsfähigkeit einer Verbindung auf der Grundlage der Anzahl der Bits pro Sekunde, wie in Anhang I unter Randnummer 5 definiert;

- j) „*ultraschnelles Zugangsnetz*“ ein Zugangsnetz, das eine Download-Geschwindigkeit von mindestens 100 Mbit/s bietet, wie unter Randnummer (19) Buchstabe i definiert;
- k) „*Endnutzer*“ eine natürliche oder juristische Person (Bürger, Unternehmen, öffentliche Verwaltungen), die elektronische Kommunikationsdienste nutzt oder nachfragt;
- l) „*relevanter Zeithorizont*“ einen Zeithorizont, der zur Überprüfung geplanter privater Investitionen herangezogen wird und dem Zeitrahmen für den geplanten Ausbau des staatlich geförderten Netzes entspricht, beginnend mit der Veröffentlichung der öffentlichen Konsultation über das geplante staatliche Eingreifen bis zur Inbetriebnahme des Netzes (Bereitstellung von Vorleistungs- und/oder Endkundendiensten). Der relevante Zeithorizont darf nicht weniger als zwei Jahre betragen;
- m) „*Überbauung*“ (Doppelausbau) den Aufbau eines staatlich geförderten Netzes zusätzlich zu einem oder mehreren privat finanzierten Netzen;
- n) „*Verdrängung privater Investoren*“ eine Situation, in der öffentliche Investitionen dazu führen, dass private Investitionen zurückgehen oder gar nicht mehr getätigt werden, beispielsweise wenn eine private Investition in ein Festnetz und/oder ein Mobilfunknetz nicht mehr fortgeführt wird, abgebaut wird oder nicht wie geplant erfolgt oder es keine Anreize mehr für sie gibt, weil die öffentliche Hand eine alternative Investition subventioniert;
- o) „*wesentliche Verbesserung*“ eine durch staatlich geförderte Netze bewirkte wesentliche Verbesserung, die erhebliche neue Infrastruktur-Investitionen in die elektronischen Kommunikationsnetze und erhebliche neue Kapazitäten auf dem Markt in Bezug auf die Verfügbarkeit, Kapazität oder Geschwindigkeit von Breitbanddiensten oder hinsichtlich anderer relevanter Merkmale des Netzes bzw. des Wettbewerbs mit sich bringt.

2.3 Arten von Breitbandnetzen

- (20) Für die Zwecke der Prüfung staatlicher Beihilfen wird in diesen Leitlinien zwischen festen ultraschnellen Zugangsnetzen, Mobilfunk-Zugangsnetzen und Backhaul-Netzen gemäß den Begriffsbestimmungen in Abschnitt 2.3.1 bis 2.3.3 unterschieden.

2.3.1 Feste ultraschnelle Zugangsnetze

- (21) Für die Zwecke der Prüfung staatlicher Beihilfen gelten nach diesen Leitlinien Netze, die an einem festen Standort eine Download-Geschwindigkeit von mindestens 100 Mbit/s im Sinne von Randnummer (19) Buchstabe j bieten, als feste ultraschnelle Zugangsnetze.
- (22) Beim gegenwärtigen Stand der technologischen Entwicklung gibt es verschiedene Arten von ultraschnellen Zugangsnetzen, darunter: i) glasfaserbasierte Netze (FTTx)²⁰;

²⁰ Die Abkürzung FTTx bezieht sich auf verschiedene Arten von Netzen wie Glasfaser bis an das Gebäude (FTTB), Glasfaser bis in das Gebäude (FTTH), Glasfaser bis zum Gebäude (FTTP) oder Glasfaser bis zum Straßenverteilerkasten (FTTC). FTTC-Netze sind jedoch nur dann in der Lage, ultraschnelle Dienste

und ii) fortschrittliche nachgerüstete Kabelnetze, die mindestens den Standard „DOCSIS 3.0“ nutzen. Drahtlose Netze wie bestimmte FWA-Netze („fixed wireless access networks“, also funkbasierte feste Zugangsnetze, die auch als „feste drahtlose Zugangsnetze“ bezeichnet werden)²¹ und künftig auch Satellitennetze²² können möglicherweise ebenfalls ultraschnelle Breitbanddienste ermöglichen.

2.3.2 Mobilfunk-Zugangsnetze

- (23) Beim derzeitigen Stand der Markt- und Technologieentwicklung werden mehrere Generationen von Mobilfunktechnologien gleichzeitig betrieben²³.
- (24) Der Übergang zu jeder neuen Mobilfunkgeneration erfolgt in der Regel schrittweise²⁴. Gegenwärtig werden in einigen Teilen Europas nach wie vor 4G-Netze ausgebaut, und der Ausbau von nichteigenständigen 5G-Netzen stützt sich auf die bestehenden 4G-LTE-Kernnetze („LTE“ steht für das Upgrade „Long Term Evolution“). In einem nächsten Schritt wird das 5G-Netz zu einem eigenständigen Netz werden und sich nicht mehr auf LTE stützen. Im Vergleich zu früheren Generationen der Mobiltechnologie dürften eigenständige 5G-Netze unter anderem durch geringere Latenzzeiten und höhere Übertragungskapazitäten leistungsfähigere mobile

bereitzustellen, wenn Vectoring-Dienste (Vectoring ist eine Technologie zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit von VDSL) genutzt werden.

- ²¹ Vor allem FWA-Netze auf der Grundlage der 5G-Technologie und möglicherweise auch anderer drahtloser Technologien, die funkbasierte Festnetzlösungen umfassen, insbesondere der nächsten WLAN-Generation (Wi-Fi6).
- ²² Auf Satellitentechnologie beruhende Lösungen werden gegenwärtig zumeist in abgelegenen oder entlegenen Gebieten eingesetzt, sofern sie ein angemessenes Niveau an Festnetzdiensten für die elektronische Kommunikation bieten können. Die derzeit in der Union verfügbaren Satelliten sind zwar noch nicht in der Lage, ultraschnelle Breitbanddienste zu bieten, jedoch wird erwartet, dass künftig fortschrittlichere Satelliten verfügbar sein werden, die die Qualität der Breitbanddienste erheblich verbessern und ultraschnelle Geschwindigkeiten ermöglichen werden (z. B. sogenannte „Very High Throughput Satellites“). Es wird auch davon ausgegangen, dass Satelliten eine wichtige Rolle bei der Erbringung von Dienstleistungen für Behörden spielen werden. Darüber hinaus sind mehrere Satellitenkonstellationen in niedriger Erdumlaufbahn (LEO) in Vorbereitung, durch die sich voraussichtlich die Latenzzeit und die Kosten der Dienste für die Endnutzer verringern werden.
- ²³ Wie die Funkfrequenzbänder genutzt werden, richtet sich nach den Ausbreitungseigenschaften der jeweiligen Frequenzen. So wurden beispielsweise drei Pionierbänder für 5G-Dienste ermittelt und wie folgt eingeschätzt: 700 MHz eignet sich für die flächendeckende Versorgung und die Innenraumabdeckung, 3,6 GHz (3,4–3,8 GHz) zeichnet sich durch eine hohe Kapazität und eine hohe Abdeckung aus, 26 GHz (24,25–27,5 GHz) wird wahrscheinlich in städtischen Gebieten und in Hotspots in Vorstädten mit sehr hoher Nachfrage eingesetzt werden, zum Beispiel für Verkehrsknotenpunkte, Veranstaltungsorte, Industrie- oder Einzelhandelsstandorte oder entlang Hauptverkehrsstraßen und Bahnstrecken in ländlichen Gebieten und wird nicht zur Schaffung einer flächendeckenden Versorgung eingesetzt werden. Neue Mobilfunkgenerationen können auch Frequenzbänder nutzen, die ursprünglich von vorherigen Generationen genutzt wurden.
- ²⁴ Mobilfunktechnologien haben ab Markteinführung einen Lebenszyklus von etwa 20 Jahren. Mehrere Nachfolgeversionen von 2G (das sogenannte verbesserte 2G oder 2.xG) waren besser als 2G selbst. Stufenweise Upgrades zu 3G (Versionen 3.xG) boten eine bessere Leistungsfähigkeit als 3G. Und zu 4G gibt es das Upgrade 4,5G, das in mehrerer Hinsicht besser ist als 4G. 4,5G wurde im Zuge der Weiterentwicklung von LTE aus seinem Vorgänger LTE-Advanced entwickelt. Eigenständige 5G-Netze können erhebliche Verbesserungen in Bezug auf Geschwindigkeit und Latenzzeit bieten und ermöglichen gleichzeitig eine höhere Dichte angeschlossener Geräte als frühere Generationen.

Datendienste sowie fortschrittliche Nutzungsszenarien und Anwendungen ermöglichen.

- (25) Um die effektivste und effizienteste Nutzung des Funkfrequenzspektrums zu gewährleisten, können die Mitgliedstaaten individuelle Frequenznutzungsrechte an Bedingungen knüpfen, wie z. B. Verpflichtungen in Bezug auf die Versorgung und Dienstqualität. Zu diesen Verpflichtungen kann auch die Abdeckung geografischer Gebiete und/oder die Versorgung der Bevölkerung unter Erfüllung bestimmter Mindestanforderungen an die Dienstqualität gehören²⁵.

2.3.3 Backhaul-Netze

- (26) Backhaul-Netze sind für die Bereitstellung sowohl von festen als auch von Mobilfunk-Zugangsnetzen erforderlich. Backhaul-Netze können auf Kupfer-, Glasfaser-, Richtfunk- und Satellitenlösungen basieren²⁶.

3 PRÜFUNG DER VEREINBARKEIT MIT DEM BINNENMARKT NACH ARTIKEL 106 ABSATZ 2 AEUV

- (27) In einigen Fällen können die Mitgliedstaaten die Erbringung von Breitbanddiensten für die elektronische Kommunikation als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (im Folgenden „DAWI“) im Sinne des Artikels 106 Absatz 2 AEUV²⁷ definieren und auf dieser Grundlage öffentliche Mittel für den Aufbau eines Netzes zur Erbringung solcher Dienste bereitstellen.
- (28) In solchen Fällen werden die Maßnahmen der Mitgliedstaaten nach den Vorschriften für staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen (im Folgenden „DAWI-Paket“)²⁸ geprüft. Diese

²⁵ So erfordern bislang zum Beispiel die an einige Funkfrequenzbänder geknüpften Versorgungsverpflichtungen je nach Art des Frequenzspektrums die Abdeckung eines bestimmten Prozentsatzes der Bevölkerung und/oder eines bestimmten Gebiets sowie die Erfüllung von Mindestqualitätsanforderungen in Bezug auf Geschwindigkeit und Latenzzeit. Ab Zuteilung des betreffenden Frequenzspektrums sind die Versorgungsverpflichtungen in der Regel binnen fünf Jahren und in Ausnahmefällen binnen sieben Jahren zu erfüllen.

²⁶ Bei den frühen Mobilfunkgenerationen wurde das Backhaul-Netz von der Funk-Basisstation bis zur Mobilfunk-Vermittlungsstelle weitgehend über Punkt-zu-Punkt-Richtfunk-Verbindungen bereitgestellt. Der Ausbau von LTE und die Einführung von 5G haben zu höheren Backhaul-Anforderungen und einer zunehmenden Nutzung von Glasfasernetzen auch zur Anbindung von Basisstationen geführt.

²⁷ Nach der Rechtsprechung muss einem Unternehmen, das mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut ist, diese Aufgabe durch einen hoheitlichen Akt übertragen worden sein. So kann eine DAWI einem Betreiber durch die Erteilung einer Konzession zur Erbringung öffentlicher Dienste übertragen werden; siehe Urteil des Gerichts erster Instanz vom 13. Juni 2000, EPAC – Empresa para a Agroalimentação e Cereais, SA/Kommission, verbundene Rechtssachen T-204/97 und T-270/97, ECLI:EU:T:2000:148, Rn. 126, und Urteil des Gerichts erster Instanz vom 15. Juni 2005, Fred Olsen, SA/Kommission, T-17/02, ECLI:EU:T:2005:218, Rn. 186, 188–189.

²⁸ Das DAWI-Paket umfasst die Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Beihilfenvorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (ABl. C 8 vom 11.1.2012, S. 4), den Beschluss der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (ABl. L 7 vom 11.1.2012, S. 3), die Mitteilung der Kommission über einen

Leitlinien veranschaulichen lediglich die Definition von DAWI in Anwendung der im DAWI-Paket festgelegten Vorschriften auf die elektronische Breitbandkommunikation unter Berücksichtigung der sektorspezifischen Besonderheiten.

- (29) Die Mitgliedstaaten können den Ausbau und/oder den Betrieb eines Breitbandnetzes als DAWI definieren, wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:
- a) Das Vorhaben muss einem Marktversagen begegnen und sich also ausschließlich auf noch nicht angeschlossene Gebiete beziehen, in denen private Investoren nachweislich nicht in der Lage sind, allen Nutzern innerhalb des relevanten Zeithorizonts eine angemessene Breitbandabdeckung bereitzustellen, sodass ein erheblicher Teil der Bevölkerung über keinen Anschluss verfügt²⁹. Die Kommission ist der Auffassung, dass in Gebieten, in denen private Investoren bereits in ein Breitbandnetz investiert haben (oder das Netz weiter ausbauen) und bereits wettbewerbsorientierte Breitbanddienste mit angemessener Abdeckung anbieten, der Aufbau eines parallelen wettbewerbsorientierten und staatlich geförderten Breitbandnetzes nicht als DAWI im Sinne des Artikels 106 Absatz 2 AEUV angesehen werden kann³⁰. Wenn hingegen nachgewiesen werden kann, dass private Investoren nicht in der Lage sind, allen Endnutzern innerhalb des relevanten Zeithorizonts eine angemessene Abdeckung³¹ bereitzustellen, sodass ein erheblicher Teil der Bevölkerung über keinen Anschluss verfügt, dann kann ein Unternehmen mit der Erbringung einer Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem

Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen (2011) (ABl. C 8 vom 11.1.2012, S. 15) und die Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen (ABl. L 114 vom 26.4.2012, S. 8). Zum Zeitpunkt der Ausarbeitung dieser Leitlinien hat die Kommission das Verfahren zur Evaluierung der Vorschriften für staatliche Beihilfen für Gesundheits- und Sozialdienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) und der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission eingeleitet.

²⁹ Bei der Umsetzung der Bestimmungen über Universaldienstverpflichtungen gemäß der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36) kann ein Mitgliedstaat Universaldienstverpflichtungen und einen möglichen Ausgleich hierfür konzipieren, wenn er unter Berücksichtigung der Ergebnisse der gemäß der genannten Richtlinie durchgeführten geografischen Erhebung, soweit verfügbar, und gegebenenfalls zusätzlicher Nachweise festgestellt hat, dass auf seinem Staatsgebiet oder in verschiedenen Teilen seines Staatsgebiets die Verfügbarkeit eines angemessenen Breitbandinternetzugangsdienstes und von Sprachkommunikationsdiensten an einem festen Standort im Sinne dieser Richtlinie weder unter normalen wirtschaftlichen Gegebenheiten noch durch andere mögliche politische Instrumente gewährleistet werden kann.

³⁰ Siehe Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Beihilfevorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, Rn. 49. Siehe auch Urteil des Gerichts erster Instanz vom 16. September 2013, *Colt Télécommunications France/Europäische Kommission*, T-79/10, ECLI:EU:T:2013:463, Rn. 154, und Beschluss C(2016) 7005 final der Kommission vom 7. November 2016 in der Sache SA.37183 (2015/NN) – Frankreich – Plan France Très Haut Débit (Nationales Programm für Hochgeschwindigkeitsnetze), Erwägungsgrund 263 (ABl. C 68 vom 3.3.2017, S. 1).

³¹ Für die Beurteilung der Notwendigkeit einer DAWI sollten immer Netzwerke derselben Kategorie berücksichtigt werden (abhängig vom Umfang der als DAWI definierten Dienstleistungen).

Interesse betraut werden, um die Anbindung der nicht angeschlossenen Teile der Bevölkerung im Einklang mit den Vorschriften für staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen zu gewährleisten.

- b) Das Netz muss eine universelle Netzanbindung für alle Wohn- und Geschäftsräume im Zielgebiet bieten. Wenn nur der Anschluss von Unternehmen gefördert wird, ist dies nicht ausreichend³².
 - c) Das Netz muss technologieneutral sein³³ und darf ausschließlich Vorleistungsdienste anbieten³⁴ (Endkundendienste sind ausgeschlossen)³⁵.
 - d) Der DAWI-Anbieter muss alle möglichen Formen des offenen Zugangs auf Vorleistungsebene diskriminierungsfrei anbieten, um die Bereitstellung wettbewerbsfähiger und erschwinglicher Dienste für die Endnutzer zu fördern.
- (30) Ist der mit einer DAWI beauftragte Betreiber zudem ein vertikal integrierter Breitbandbetreiber, so sollten angemessene Vorkehrungen getroffen werden, um Interessenkonflikte, unzulässige Diskriminierung und andere verborgene mittelbare Vorteile zu verhindern³⁶.

4 PRÜFUNG DER VEREINBARKEIT MIT DEM BINNENMARKT NACH ARTIKEL 107 ABSATZ 3 BUCHSTABE C AEUV

- (31) Die Kommission wird staatliche Beihilfen für den Ausbau und/oder die Nutzung von Breitbandnetzen für die elektronische Kommunikation nur dann als nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar ansehen, wenn die Beihilfe zur Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige oder

³² Gemäß der Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Beihilfenvorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, Rn. 50. Siehe auch Beschluss C(2006) 436 final der Kommission vom 8. März 2006 in der Sache N284/05 – Irland – Regional Broadband Programme: Metropolitan Area Networks („MANs“), phases II and III (Regionales Breitbandprogramm: Metropolitan Area Networks („MANs“), Phase II und III) (ABl. C 207 vom 30.8.2006, S. 3), und Beschluss C(2007) 3235 final der Kommission vom 10. Juli 2007 in der Sache N890/06 – Frankreich – Aide du Sicoval pour un réseau de très haut débit (Förderung eines Hochgeschwindigkeitsnetzes durch den Gemeindeverband Sicoval) (ABl. C 218 vom 18.9.2007, S. 1).

³³ Ein Netz sollte technologieneutral sein und dadurch den Zugangsinteressenten die Nutzung aller verfügbaren Technologien ermöglichen, um im Einklang mit den vorgesehenen Parametern der staatlichen Maßnahme Dienstleistungen für den Endkunden zu erbringen.

³⁴ Siehe Beschluss C(2016) 7005 final der Kommission vom 7. November 2016 in der Sache SA.37183 (2015/NN) – Frankreich – Plan France Très Haut Débit (Nationales Programm für Hochgeschwindigkeitsnetze) (ABl. C 68 vom 3.3.2017, S. 1), wonach der Betreiber keine Endkundendienste erbringen durfte (siehe Erwägungsgrund 163 des Beschlusses).

³⁵ Diese Beschränkung ist gerechtfertigt, weil nach dem Aufbau eines Breitbandnetzes mit universeller Netzanbindung die Endkundenbetreiber, die zu Marktbedingungen tätig sind, den Endnutzern in der Regel Kommunikationsdienste zu wettbewerbsfähigen Preisen anbieten können.

³⁶ Solche Vorkehrungen sollten insbesondere eine Verpflichtung zur getrennten Buchführung beinhalten, und sie können auch die Schaffung einer strukturell und rechtlich von dem vertikal integrierten Betreiber getrennten Einheit umfassen. Diese Einheit sollte allein für die Einhaltung und Erfüllung des ihr übertragenen DAWI-Auftrags verantwortlich sein.

Wirtschaftsgebiete beiträgt (erste Voraussetzung) und soweit sie die Handelsbedingungen nicht in einer Weise verändert, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft (zweite Voraussetzung).

(32) Im Rahmen ihrer Vereinbarkeitsprüfung untersucht die Kommission folgende Aspekte:

a) Mit Blick auf die erste Voraussetzung prüft die Kommission, ob die Beihilfe der Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige dienen soll; insbesondere prüft sie:

- i) den durch die Beihilfemaßnahme geförderten Wirtschaftszweig;
- ii) den Anreizeffekt der Beihilfe, also inwieweit diese das Verhalten der betreffenden Unternehmen so verändert, dass sie eine zusätzliche Tätigkeit aufnehmen, die sie ohne die Beihilfe nicht, nur in beschränktem Umfang, auf andere Weise oder an einem anderen Standort ausüben würden;
- iii) das Vorliegen eines Verstoßes gegen eine Bestimmung des Unionsrechts in Bezug auf die betreffende Maßnahme.

b) Mit Blick auf die zweite Voraussetzung wägt die Kommission die positiven Auswirkungen der geplanten Beihilfe und die möglichen negativen Auswirkungen der Beihilfe auf den Binnenmarkt in Form von Wettbewerbsverzerrungen und Beeinträchtigungen des Handels durch die Beihilfe ab; insbesondere wägt sie Folgendes ab:

- i) die positiven Auswirkungen der Beihilfe;
- ii) ob die Beihilfe erforderlich ist und ob sie zielgerichtet eine wesentliche Verbesserung bewirken kann, die der Markt selbst nicht herbeiführen kann, zum Beispiel durch Behebung eines Marktversagens oder Angehen eines Gleichheits- oder Kohäsionsproblems;
- iii) ob die Beihilfe ein geeignetes politisches Instrument zur Erreichung ihres Ziels ist;
- iv) ob die Beihilfe verhältnismäßig ist und auf das zur Erreichung ihres Ziels erforderliche Minimum beschränkt ist und ob sie zusätzliche Investitionen oder Tätigkeiten in dem betreffenden Gebiet fördert;
- v) ob die Beihilfe transparent ist: Um die Auswirkungen auf den Binnenmarkt messen und minimieren zu können, müssen die Mitgliedstaaten, die Interessenträger, die breite Öffentlichkeit und die Kommission problemlos Zugang zu Informationen über die gewährte Beihilfe haben;
- vi) die negativen Auswirkungen der Beihilfe auf den Wettbewerb und den Handel zwischen Mitgliedstaaten.

(33) In einem letzten Schritt wird die Kommission die festgestellten negativen Auswirkungen der Beihilfemaßnahme auf den Binnenmarkt gegen die positiven Auswirkungen der geplanten Beihilfe auf die geförderten Wirtschaftszweige abwägen.

Ist eine der unter Randnummer (32) aufgeführten Voraussetzungen nicht erfüllt, so wird die Beihilfe für mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklärt.

- (34) Die genaue Vorgehensweise der Kommission bei der Prüfung der Beihilfen für den Ausbau und die Nutzung von Breitbandnetzen für die elektronische Kommunikation wird in den Abschnitten 5, 6, 7 und 8 erläutert.

5 BEIHILFEN FÜR DEN AUSBAU VON BREITBANDNETZEN FÜR DIE ELEKTRONISCHE KOMMUNIKATION

- (35) Nach Auffassung der Kommission handelt es sich bei dem Markt für Festnetz-Breitbanddienste und bei dem Markt für Mobilfunk-Breitbanddienste um zwei separate Märkte³⁷. Die Regeln für die Prüfung von Beihilfen können daher abhängig von dem jeweils betroffenen Markt unterschiedlich sein.

5.1 Erste Voraussetzung: Förderung der Entwicklung eines Wirtschaftszweigs

5.1.1 Die Rolle von Netzen bei der Ermöglichung und Förderung von Wirtschaftszweigen

- (36) Die Mitgliedstaaten müssen die wirtschaftlichen Tätigkeiten ermitteln, die durch die Beihilfe ermöglicht bzw. gefördert werden (wie zum Beispiel der Ausbau von Festnetzen zur Bereitstellung leistungsfähiger Kommunikationsdienste oder der Ausbau von Mobilfunknetzen zur Bereitstellung leistungsfähiger mobiler Sprach- und Datendienste) und erläutern, wie die Entwicklung dieser Tätigkeiten unterstützt wird.
- (37) Beihilfen für den Ausbau von Festnetzen und Beihilfen für den Ausbau von Mobilfunknetzen können die Entwicklung einer Reihe von Wirtschaftstätigkeiten ermöglichen bzw. fördern, indem sie den Bürgern, Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen bessere Anschluss- und Zugangsmöglichkeiten zu elektronischen Kommunikationsnetzen bieten. Derartige Beihilfen können die Entwicklung von Wirtschaftstätigkeiten in Gebieten ermöglichen bzw. fördern, in denen die betreffenden Wirtschaftszweige entweder gar nicht vorhanden oder nur auf einem Niveau sichergestellt waren, das die Bedürfnisse der Verbraucher nicht angemessen erfüllte.

5.1.2 Anreizeffekt

- (38) Es kann nur dann festgestellt werden, dass eine Beihilfe einen Beitrag zur Entwicklung eines Wirtschaftszweigs leistet, wenn sie einen Anreizeffekt hat.
- (39) Eine Beihilfe hat einen Anreizeffekt, wenn sie einen Anreiz für den Beihilfeempfänger schafft, sein Verhalten zugunsten der Entwicklung einer bestimmten Wirtschaftstätigkeit zu ändern, die durch die Beihilfe unterstützt wird und die er ohne

³⁷ Sind die Kosten für den Ausbau eines Festnetzes sehr hoch, kann ein leistungsfähiges Mobilfunknetz als Alternative zum Festnetz genutzt werden. Allerdings bestehen nach wie vor erhebliche qualitative Unterschiede zwischen den beiden Technologien. Anders als bei Festnetzen können sich die Endnutzer bei Mobilfunknetzen während der Kommunikation fortbewegen (zum Beispiel in einem Auto). Festnetze bieten jedoch insbesondere bei der Datenübertragung ein höheres Maß an Stabilität und Sicherheit. Derzeit verwenden die Endnutzer die beiden Technologien in der Regel nebeneinander, d. h., dass diese einander ergänzen und nicht ersetzen.

die Beihilfe nicht innerhalb desselben Zeitraums oder nur in beschränktem Umfang, auf andere Weise oder an einem anderen Standort ausgeübt hätte.

- (40) Die Beihilfe darf weder die Kosten einer Tätigkeit finanzieren, die ein Unternehmen ohnehin ausüben würde, noch das übliche Geschäftsrisiko einer Wirtschaftstätigkeit ausgleichen³⁸.
- (41) Zum Nachweis des Anreizeffekts von Beihilfen für den Ausbau von Festnetzen oder Mobilfunknetzen muss anhand einer Kartierung und einer öffentlichen Konsultation, wie in den Abschnitten 5.2.2.4.1 und 5.2.2.4.2 beschrieben, überprüft werden, ob Interessenträger innerhalb des relevanten Zeithorizonts in den Zielgebieten in Fest- oder Mobilfunknetze investiert haben bzw. zu investieren beabsichtigen. Würde im betreffenden Gebiet eine ähnliche Investition auch ohne die Beihilfe getätigt, so kann davon ausgegangen werden, dass die Beihilfe keinen Anreizeffekt hat. Wenn beispielsweise ein Betreiber auf der Grundlage der mit dem Recht zur Nutzung bestimmter Frequenzen für den Mobilfunkausbau verbundenen Verpflichtungen zur Abdeckung und Qualität der Dienste bestimmten rechtlichen Verpflichtungen wie etwa der Verpflichtung unterliegt, eine bestimmte Abdeckung des Zielgebiets sicherzustellen, so dürfen staatliche Beihilfen nicht dazu verwendet werden, diese Verpflichtungen zu erfüllen, da solche Beihilfen wahrscheinlich keinen Anreizeffekt haben und somit nicht davon auszugehen ist, dass sie mit dem Binnenmarkt vereinbar sind. Staatliche Beihilfen dürfen jedoch gewährt werden, um eine Dienstqualität bieten zu können, die über die in diesen Verpflichtungen festgelegten Anforderungen hinausgeht.

5.1.3 *Einhaltung sonstiger Bestimmungen des Unionsrechts*

- (42) Wenn eine staatliche Beihilfemaßnahme, die mit ihr verbundenen Bedingungen (einschließlich der Finanzierungsmethode, falls diese Methode fester Bestandteil der Beihilfemaßnahme ist) oder die damit geförderte Tätigkeit zu einem Verstoß gegen eine Bestimmung oder gegen allgemeine Grundsätze des Unionsrechts führen, kann die Beihilfe nicht für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt werden³⁹. Dies kann bei Beihilfemaßnahmen der Fall sein, bei denen die Gewährung der Beihilfe an die Bedingung geknüpft ist, dass der Beihilfeempfänger seinen Firmensitz oder eine Niederlassung in dem betreffenden Mitgliedstaat hat, oder bei denen die Beihilfe an Klauseln geknüpft ist, die ihre Gewährung direkt oder indirekt vom Ursprung der Produkte oder Ausrüstungsgegenstände abhängig machen, wie etwa die Verpflichtung des Beihilfeempfängers, im Inland hergestellte Produkte zu kaufen.

³⁸ Siehe Urteil des Gerichtshofs vom 13. Juni 2013, HGA u. a./Kommission, C-630/11 P bis C-633/11 P, ECLI:EU:C:2013:387, Rn. 104.

³⁹ Urteil des Gerichtshofs vom 22. September 2020, Österreich/Kommission, C-594/18 P, EU:C:2020:742, Rn. 44.

5.2 Zweite Voraussetzung: Die Beihilfemaßnahme darf die Handelsbedingungen nicht in einer Weise verändern, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft.

5.2.1 Positive Auswirkungen der Beihilfe

- (43) Die Mitgliedstaaten müssen darlegen, inwieweit die Beihilfe positive Auswirkungen zeitigen wird.
- (44) Die Mitgliedstaaten können beschließen, staatliche Beihilfemaßnahmen zu konzipieren, die zur Erreichung der Ziele der Digitalpolitik der Union und insbesondere zur Verringerung der „digitalen Kluft“ beitragen. Sie können entscheiden einzugreifen, um soziale oder regionale Ungleichheiten zu beheben oder Gleichheitsziele zu erreichen, das heißt, um den Zugang zu einem wesentlichen Mittel der Kommunikation und die Teilhabe an der Gesellschaft zu verbessern und dadurch den sozialen und territorialen Zusammenhalt zu verbessern. Darüber hinaus können die Mitgliedstaaten beschließen, staatliche Beihilfemaßnahmen zu konzipieren, die auch zur Erreichung der Ziele des Grünen Deals der Union beitragen und nachhaltige grüne Investitionen in allen Wirtschaftszweigen fördern.

5.2.2 Erforderlichkeit staatlicher Maßnahmen

- (45) Staatliche Beihilfen sollten nur dann gewährt werden, wenn sie eine wesentliche Verbesserung bewirken können, die der Markt allein nicht herbeiführen kann.
- (46) In der Regel ist der Ausbau von Breitbandnetzen in Gebieten mit höherer und konzentrierter potenzieller Nachfrage, das heißt in dicht besiedelten Gebieten, aufgrund der zu erzielenden Dichtevorteile rentabler. Wegen der bei einer Investition anfallenden hohen Fixkosten steigen die Stückkosten bei geringerer Bevölkerungsdichte stark an. Daher rechnen sich beihilfefrei errichtete Breitbandnetze in der Regel nur in Bezug auf einen Teil der Bevölkerung. Unter bestimmten Voraussetzungen können staatliche Beihilfen Marktversagen beheben, was der Effizienz der Märkte und der Wettbewerbsfähigkeit zugutekommt.
- (47) Ein Marktversagen liegt vor, wenn das freie Spiel der Marktkräfte ohne staatliches Eingreifen kein für die Gesellschaft zufriedenstellendes Ergebnis hervorbringt. Das ist beispielsweise der Fall, wenn bestimmte Investitionen nicht getätigt werden, obwohl der wirtschaftliche Nutzen für die Gesellschaft die Investitionskosten übersteigt⁴⁰. In solchen Fällen kann die Gewährung staatlicher Beihilfen zu positiven Effekten führen, und die Gesamteffizienz kann durch Ausrichtung der wirtschaftlichen Anreize an den Bedürfnissen der Interessenträger verbessert werden.
- (48) Im Festnetz- und Mobilfunksektor ist eine Form des Marktversagens auf positive externe Effekte zurückzuführen, die von den Marktteilnehmern nicht internalisiert werden können. So ebnet beispielsweise die Verfügbarkeit von Festnetzen und Mobilfunknetzen den Weg für die Erbringung zusätzlicher Dienstleistungen und für Innovation. Der Gesamtnutzen dürfte höher sein als der wirtschaftliche Nutzen, den

⁴⁰ Wenn ein bestimmtes Unternehmen nicht in der Lage ist, ein Vorhaben ohne Beihilfen anzugehen, bedeutet dies jedoch noch nicht, dass ein Marktversagen vorliegt. So ist beispielsweise die Entscheidung eines Unternehmens, nicht in ein wenig rentables Vorhaben zu investieren, nicht unbedingt ein Zeichen von Marktversagen, sondern kann auch auf einen gut funktionierenden Markt hindeuten.

die Netzinvestoren daraus ziehen können. Der Markt allein würde somit unzureichende private Investitionen in Fest- und Mobilfunknetze hervorbringen.

- (49) Des Weiteren können staatliche Beihilfen in Fällen, in denen die Märkte zwar effizient funktionieren, die Ergebnisse unter kohäsionspolitischen Gesichtspunkten aber als nicht zufriedenstellend gelten, erforderlich sein, um soziale oder regionale Ungleichheiten auszugleichen, um ein besseres Marktergebnis im Sinne von Gleichheitserwägungen zu erreichen. Insbesondere können gezielte staatliche Maßnahmen im Breitbandsektor zu einer Verringerung der digitalen Kluft beitragen⁴¹.
- (50) Ein Marktversagen kann auch dann nachgewiesen werden, wenn das bestehende Netz den Bürgern oder den gewerblichen Endnutzern ein suboptimales Verhältnis von Dienstqualität und Preisen bietet⁴². Dies kann der Fall sein, wenn es für bestimmte Kategorien von Nutzern unter Umständen kein angemessenes Angebot gibt oder – insbesondere wenn die Tarife für den Zugang auf Vorleistungsebene nicht reguliert sind – die Endkundenpreise möglicherweise höher sind als die Preise für dieselben Dienste in stärker wettbewerbsbestimmten, aber ansonsten vergleichbaren Gebieten oder Regionen des betreffenden Mitgliedstaats. Wenn zudem nur wenig Aussicht besteht, dass alternative Betreiber in diesem Gebiet in den Markt einsteigen oder Dienstleistungen erbringen, könnte die Finanzierung eines alternativen Netzes angemessen sein.
- (51) Wenn staatliche Beihilfen für den Ausbau von Festnetzen und Mobilfunknetzen jedoch in Gegenden eingesetzt werden, in denen die Marktteilnehmer normalerweise investieren würden oder bereits investiert haben, könnte dies den Anreiz für kommerzielle Investoren, dort überhaupt noch zu investieren, erheblich verringern. Das bloße Vorliegen eines Marktversagens in einer bestimmten Situation ist allein noch keine ausreichende Begründung für ein staatliches Eingreifen. Staatliche Beihilfen dürfen nur auf ein Marktversagen ausgerichtet sein, dem nicht bereits durch andere politische Konzepte oder Maßnahmen begegnet wird⁴³, zum Beispiel durch von den Regulierungsbehörden auferlegte Verpflichtungen zur effektiven und effizienten Nutzung des Funkfrequenzspektrums, einschließlich der an die Funkfrequenznutzungsrechte gekoppelten Versorgungs- und Dienstqualitätsverpflichtungen.

⁴¹ Während es mehrere Gründe für diese „digitale Kluft“ gibt, ist das Vorhandensein angemessener Breitbandinfrastruktur Voraussetzung dafür, dass die Bevölkerung angebunden und die Lücke geschlossen werden kann. Der Urbanisierungsgrad ist ein wichtiger Faktor beim Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien und bei deren Nutzung. In dünn besiedelten Gebieten könnte die Internetdurchdringung überall in der Union weiterhin niedriger bleiben.

⁴² Falls die Mitgliedstaaten dies als Grund für das Eingreifen angeben, wird die Kommission prüfen, ob der Mitgliedstaat eindeutig und anhand überprüfbarer Fakten nachweisen kann, dass die Bedürfnisse der Endnutzer nicht erfüllt werden. Dieser Nachweis könnte durch Verbraucherumfragen, unabhängige Studien o. Ä. erbracht werden.

⁴³ Maßnahmen von Verwaltungs- und Regulierungsbehörden sind im Allgemeinen weniger wettbewerbsverzerrend und sollten daher vor staatlichen Beihilfemaßnahmen in Betracht gezogen werden.

5.2.2.1 Vorliegen eines Marktversagens im Bereich der festen Zugangsnetze

- (52) In Gebieten, in denen es kein Festnetz gibt und der Aufbau eines Festnetzes, das den Bedürfnissen der Endnutzer gerecht wird, innerhalb des relevanten Zeithorizonts nicht glaubhaft geplant ist, können Beihilfen zu einer wesentlichen Verbesserung führen, die der Markt allein nicht herbeiführen kann. Beim derzeitigen Stand der Marktentwicklung und angesichts der ermittelten Bedürfnisse der Endnutzer⁴⁴ kann ein Marktversagen nachgewiesen werden, wenn der Markt den Endnutzern keine Verbindung mit einer Download-Geschwindigkeit von 1 Gbit/s bietet und voraussichtlich auch nicht bieten wird. Die Upload-Geschwindigkeit wird immer wichtiger, um den Nutzern den Zugang zu einer Reihe von Diensten zu garantieren. Ein Marktversagen kann daher auch dann nachgewiesen werden, wenn keine Konnektivität mit einer Upload-Geschwindigkeit von 200 Mbit/s vorhanden ist (und es unwahrscheinlich ist, dass der Markt innerhalb des relevanten Zeithorizonts eine solche bereitstellen wird)⁴⁵. Im weiteren Verlauf des Jahrzehnts kann ein Marktversagen auch dann nachgewiesen werden⁴⁶, wenn der Markt den ermittelten Bedarf der Endnutzer an einer höheren Upload-Geschwindigkeit⁴⁷ von bis zu 1 Gbit/s nicht deckt und voraussichtlich auch nicht decken wird (siehe Abschnitt 5.2.3.1.4).
- (53) Eine muss sorgfältig geprüft werden, inwieweit der Privatsektor in der Lage ist, den Bedürfnissen der Endnutzer mit eigenen Mitteln gerecht zu werden.
- (54) Bei der Bewertung, ob ein Marktversagen vorliegt, wird zwischen den Arten von Zielgebieten unterschieden. Je nachdem, ob dort ultraschnelle Netze vorhanden sind, werden die Interventionsgebiete als weiße, graue oder schwarze Flecken eingestuft.

5.2.2.1.1 Weiße Flecken

- (55) Weiße Flecken sind Gebiete, in denen es kein ultraschnelles Breitbandnetz gibt und es unwahrscheinlich ist, dass ein solches Netz im relevanten Zeithorizont aufgebaut wird.

5.2.2.1.2 Graue Flecken

- (56) Graue Flecken sind Gebiete, in denen ein ultraschnelles Netz vorhanden oder im relevanten Zeithorizont glaubwürdig geplant ist. Das bloße Vorhandensein eines ultraschnellen Netzes⁴⁸ bedeutet nicht zwangsläufig, dass kein Marktversagen vorliegt.

⁴⁴ Sonia Strube Martins, Christian Wernick; Telecommunication policy journal 45 (2021): Regional differences in residential demand for very high bandwidth broadband internet in 2025 (Regionale Unterschiede bei der privaten Nachfrage nach Breitband-Internetanschlüssen mit sehr hoher Bandbreite im Jahr 2025).

⁴⁵ Breitbandnetze bieten in der Regel höhere Download-Geschwindigkeiten als Upload-Geschwindigkeiten. In der Regel beläuft sich die Upload-Geschwindigkeit auf 10 % bis 30 % der Download-Geschwindigkeit.

⁴⁶ Zum Nachweis der Erforderlichkeit einer höheren Upload-Geschwindigkeit muss der Mitgliedstaat zuverlässige Nachweise aus überprüfbaren Quellen vorlegen, zum Beispiel Erhebungen über den Bedarf der Endnutzer, Studien über das Profil der Endnutzer und die Verkehrsentwicklung, Strategien für intelligente Spezialisierung usw.

⁴⁷ Als „höhere Upload-Geschwindigkeit“ wird eine Upload-Geschwindigkeit angesehen, die mehr als 30 % und bis zu 100 % der Download-Geschwindigkeit beträgt.

⁴⁸ Die Wettbewerbssituation wird abhängig von der Anzahl der bestehenden Netzbetreiber beurteilt. Im Beschluss C(2011) 7285 final der Kommission vom 19. Oktober 2011 in der Sache N 330/2010 –

- (57) Ein Marktversagen kann nachgewiesen werden, wenn das bestehende oder glaubwürdig geplante ultraschnelle Netz keine Download-Geschwindigkeit von mindestens 1 Gbit/s und keine Upload-Geschwindigkeit von mindestens 200 Mbit/s bereitstellen kann⁴⁹.

5.2.2.1.3 Mischgebiete (weiß und grau)

- (58) Grundsätzlich sollte die geplante Maßnahme so gestaltet werden, dass das gesamte Zielgebiet entweder weiß oder grau ist.
- (59) Aus Gründen der Effizienz können die Mitgliedstaaten jedoch Zielgebiete auswählen, die teils weiß und teils grau sind. Wenn bestimmte Bürger und gewerbliche Nutzer im Zielgebiet bereits angemessen versorgt sind (oder innerhalb des relevanten Zeithorizonts angemessen versorgt werden), muss sichergestellt werden, dass das staatliche Eingreifen nicht zu einer unangemessenen Überbauung des bestehenden Netzes führt. Dies kann verhindert werden, wenn sich das staatliche Eingreifen auf Maßnahmen zur Schließung von Versorgungslücken beschränkt. Können die Mitgliedstaaten nachweisen, dass eine begrenzte Überbauung des bestehenden Netzes verhältnismäßig ist und keine übermäßigen Wettbewerbsverzerrungen verursacht, so darf die staatliche Maßnahme durchgeführt werden⁵⁰. Die Überbauung muss auf höchstens 10 % aller Gebäude im Zielgebiet begrenzt sein⁵¹. In solchen Fällen wird das gesamte Zielgebiet bei der Bewertung der staatlichen Maßnahme als „weiß“ eingestuft (sodass dort die Bedingungen für weiße Flecken gelten).

Frankreich – Programme national Très Haut Débit (Nationales Programm für Hochgeschwindigkeitsnetze) – Volet B (ABl. C 364 vom 14.12.2011, S. 2) präzisierte die Kommission, dass das fragliche Gebiet trotz des Vorhandenseins mehrerer Anbieter von Endkundendienstleistungen in einem Netz (einschließlich des entbündelten Zugangs zum Teilnehmeranschluss, LLU) nicht als schwarzer Fleck einzustufen war, sondern weiterhin als grauer Fleck geführt wird, da dort nur ein einziges Netz vorhanden war.

⁴⁹ Wenngleich gegenwärtig die Download- und die Upload-Geschwindigkeit die relevantesten Parameter für die Dienstqualität sind, könnten bestimmte Nutzer oder die Bereitstellung bestimmter Dienste – zusätzlich zu einer hohen Geschwindigkeit – zunehmend besondere Merkmale erfordern (zum Beispiel im Hinblick auf die Latenzzeit oder Verzögerungsschwankungen), die als Gründe für das Vorliegen eines Marktversagens angeführt werden könnten.

⁵⁰ Der Mitgliedstaat muss nachweisen, dass durch die Überbauung sichergestellt wird, dass der für das Zielgebiet erforderliche staatliche Beihilfebetrag erheblich reduziert wird (unter anderem, indem Einnahmen aus dem grauen Gebiet zur Sicherstellung der Versorgung des weißen Gebiets verwendet werden, wodurch die Finanzierungslücke erheblich verringert wird). Soweit beispielsweise die Einnahmen aus Anschlüssen bei der Berechnung der Finanzierungslücke berücksichtigt werden (was somit für reine Vorleistungsnetze nicht relevant ist), könnte ein staatliches Eingreifen, durch das ein Gebäude am Ende einer Straße angeschlossen wird, kostspielig werden, wenn es zur Vermeidung übermäßiger Wettbewerbsverzerrungen nicht erlaubt wäre, andere Gebäude anzuschließen, die von dem neuen, mit staatlicher Beihilfe aufgebauten Netz erschlossen werden (selbst wenn diese Haushalte bereits von einem anderen Netzes erschlossen wurden), da dies die zu erwartenden Einnahmen des Betreibers verringern und damit die Finanzierungslücke vergrößern würde.

⁵¹ Für die Ermittlung der Höhe der staatlichen Beihilfe müssen die Einnahmen aus den von der Überbauung betroffenen Gebäuden berücksichtigt werden, um bei der Berechnung der Finanzierungslücke eine Überkompensierung zu vermeiden.

5.2.2.1.4 Schwarze Flecken

- (60) Schwarze Flecken sind die Gebiete, in denen mindestens zwei unabhängige⁵² ultraschnelle Netze vorhanden oder glaubwürdig geplant sind. In solchen Gebieten werden Breitbanddienste in der Regel unter Wettbewerbsbedingungen (Infrastrukturwettbewerb) angeboten⁵³. Ein Marktversagen kann nachgewiesen werden, wenn keines der bestehenden Netze eine Download-Geschwindigkeit von 1 Gbit/s und eine Upload-Geschwindigkeit von 200 Mbit/s bieten kann und sich keiner der bestehenden Anbieter verpflichtet, sein Netz im relevanten Zeithorizont auf diese Geschwindigkeiten aufzurüsten⁵⁴.
- (61) Wenn mindestens zwei bereits vorhandene unabhängige Netze auf eine Download-Geschwindigkeit von 1 Gbit/s aufgerüstet werden können⁵⁵, kann davon ausgegangen werden, dass der Wettbewerb im Zuge der steigenden Nachfrage nach höheren Geschwindigkeiten zu einer zeitnahen Aufrüstung auf eine Download-Geschwindigkeit von 1 Gbit/s und eine Upload-Geschwindigkeit von 200 Mbit/s führen wird. Staatliche Unterstützungsleistungen für den Aufbau eines zusätzlichen Breitbandnetzes mit vergleichbaren Kapazitäten werden grundsätzlich zu einer nicht hinnehmbaren Wettbewerbsverzerrung und zur Verdrängung privater Investoren führen⁵⁶.

5.2.2.2 Vorliegen eines Marktversagens im Bereich der Mobilfunk-Zugangsnetze

- (62) Nach Auffassung der Kommission liegt ein Marktversagen in Gebieten vor, in denen es kein Mobilfunknetz gibt und der Aufbau eines Mobilfunknetzes, das den

⁵² Ein und dasselbe Unternehmen kann in ein und demselben Gebiet getrennte Netze betreiben (z. B. ein Festnetz und ein funkbasiertes Festnetz); dies ändert jedoch nichts an dem Farbcode dieses Gebiets. Analog dazu ändert sich der Farbcode des Gebiets auch dann nicht, wenn es zwei Netze gibt, die von verschiedenen Unternehmen ein und desselben Konzerns betrieben werden.

⁵³ Ist nur ein einziges Netz vorhanden, so gilt das Gebiet als grauer Fleck, auch wenn dieses Netz – durch Entbündelung (entbündelter Zugang zum Teilnehmeranschluss, LLU) – von mehreren alternativen Betreibern genutzt wird. Siehe auch Beschluss C(2011) 7285 final der Kommission vom 19. Oktober 2011 in der Sache N 330/2010 – Frankreich – Programme national Très Haut Débit (Nationales Programm für Hochgeschwindigkeitsnetze) – Volet B (ABl. C 364 vom 14.12.2011, S. 2).

⁵⁴ Unabhängig vom nachgewiesenen Bedarf an höherer Upload-Geschwindigkeit ist ein Eingreifen nicht möglich, wenn mindestens zwei Netze vorhanden sind, die auf eine Upload-Geschwindigkeit von mindestens 1 Gbit/s aufgerüstet werden können.

⁵⁵ Ein Netz gilt als auf eine Download-Geschwindigkeit von 1 Gbit/s aufrüstbar, wenn durch begrenzte Investitionen (wie zum Beispiel eine Aufrüstung der aktiven Komponenten) eine Download-Geschwindigkeit von 1 Gbit/s erreicht werden kann.

⁵⁶ Siehe Beschluss C(2006) 3226 final der Kommission vom 19. Juli 2006 in der Sache C 35/05 (ex N 59/05) – Niederlande – Breitbandinfrastruktur in Appingedam (ABl. L 86 vom 27.3.2007, S. 1). In diesem Beschluss stellte die Kommission fest, dass die Wettbewerbskräfte auf dem betreffenden Markt nicht angemessen berücksichtigt worden waren. Insbesondere handelte es sich bei dem niederländischen Breitbandmarkt um einen sich rasch entwickelnden Markt, auf dem Anbieter elektronischer Kommunikationsdienstleistungen einschließlich Kabel- und Internetanbietern zum damaligen Zeitpunkt gerade – ohne staatliche Unterstützung – Hochleistungs-Breitbanddienste aufbauten.

Bedürfnissen der Endnutzer gerecht wird, innerhalb des relevanten Zeithorizonts⁵⁷ nicht glaubhaft geplant ist.

- (63) Bestehende und künftige Anwendungen stützen sich zunehmend auf leistungsstarke Mobilfunknetze mit breiter geografischer Verfügbarkeit⁵⁸. Die Endnutzer wollen mobil sein, während sie kommunizieren, sie wollen aber auch auf Informationen zugreifen können, während sie unterwegs sind. Es wird erwartet, dass sich neue Formen wirtschaftlicher Tätigkeiten entwickeln, die einen nahtlosen mobilen Internetzugang sowohl für die Datenübertragung als auch für Sprachkommunikation erfordern. Da sich diese Wirtschaftstätigkeiten und neuen Mobilfunkdienste immer weiterentwickeln, muss auch das Mobilfunknetz im Laufe der Zeit immer leistungsfähiger werden. Eine fehlende oder unzureichende Mobilfunkanbindung kann sich nachteilig auf bestimmte Wirtschaftstätigkeiten wie zum Beispiel Industrie-, Landwirtschafts- oder Tourismustätigkeiten oder vernetzte Mobilität auswirken oder zu einem Sicherheitsrisiko für die Bürger führen⁵⁹. Dies kann insbesondere in abgelegenen Regionen, bei geringer Bevölkerungsdichte oder in unbesiedelten Gebieten der Fall sein.
- (64) In einem Gebiet, in dem bereits mindestens ein Mobilfunknetz vorhanden ist oder der Aufbau mindestens eines Mobilfunknetzes innerhalb des relevanten Zeithorizonts glaubhaft geplant ist, könnte die staatliche Unterstützung für den Aufbau eines neuen Mobilfunknetzes die Marktdynamik verzerren.
- (65) Staatliche Unterstützung für den Aufbau eines Mobilfunknetzes in einem solchen Gebiet kann nur dann als notwendig erachtet werden, wenn kumulativ nachgewiesen werden kann, dass das bestehende oder geplante Mobilfunknetz den Endnutzern keine ausreichende Dienstqualität bietet, um ihren sich weiterentwickelnden Bedarf zu decken, und die staatliche Unterstützung das festgestellte Marktversagen angemessen beheben und somit zu einer wesentlichen Verbesserung führen wird, die der Markt selbst nicht herbeiführen kann⁶⁰. Die begrenzten Kapazitäten der bestehenden oder geplanten Mobilfunknetze können beispielsweise auf eine unzureichende

⁵⁷ Siehe zum Beispiel Beschluss C(2021) 3492 final der Kommission vom 21. Mai 2021 in der Sache SA.58099 (2021/N) – Deutschland – Mobilfunk Mecklenburg-Vorpommern (ABl. C 260 vom 2.7.2021).

⁵⁸ Siehe auch die Gigabit-Mitteilung, in der Anwendungen aufgeführt sind, die für den Automobil-, Verkehrs-, Produktions- und Gesundheitssektor sowie für Sicherheits- und Notfalldienste der nächsten Generation erforderlich sind (zum Beispiel vernetztes und automatisiertes Fahren, Fernchirurgie, Präzisionslandwirtschaft).

⁵⁹ Gemäß Artikel 26 Absatz 5 der Universaldienstrichtlinie sind Betreiber von elektronischen Kommunikationsdiensten verpflichtet, Informationen zum Anruferstandort zu übermitteln, sobald ein Notruf bei einer Notrufstelle eingeht. Seit dem 21. Dezember 2020 müssen der am besten geeigneten Notrufabfragestelle gemäß Artikel 109 EKEK neben netzgestützten Informationen zum Anruferstandort auch die genaueren, vom Mobilgerät gewonnenen Standortdaten bereitgestellt werden.

⁶⁰ Siehe beispielsweise Beschluss C(2020) 8939 final der Kommission vom 16. Dezember 2020 in der Sache SA.54684 – Deutschland – Aufbau einer hochleistungsfähigen Mobilfunkinfrastruktur in Brandenburg (ABl. C 60 vom 19.2.2021, S. 2); Beschluss C(2021) 1532 final der Kommission vom 10. März 2021 in der Sache SA.56426 – Deutschland – Aufbau einer hochleistungsfähigen Mobilfunkinfrastruktur in Niedersachsen (ABl. C 144 vom 23.4.2021, S. 2); Beschluss C(2021) 3565 final der Kommission vom 25. Mai 2021 in der Sache SA.59574 – Deutschland – Ausbau einer hochleistungsfähigen Mobilfunkinfrastruktur in Deutschland (noch nicht veröffentlicht).

Antennendichte, eine spezifische Bandbreite des Frequenzspektrums oder die Merkmale der aktiven Komponenten zurückzuführen sein⁶¹.

- (66) Ein Marktversagen könnte daher selbst bei Vorhandensein eines 4G- oder sogar eines 5G-Netzes vorliegen, wenn das Netz den Endnutzern keine ausreichende Dienstqualität bietet, und wahrscheinlich auch künftig nicht bieten wird, um ihren sich weiterentwickelnden Bedarf zu decken.
- (67) Neue Formen wirtschaftlicher Tätigkeiten und Dienstleistungen werden einen nahtlosen Internetzugang (zum Beispiel für vernetzte und automatisierte Mobilität entlang der Verkehrswege) und zusätzlich zu bestimmten Mindestgeschwindigkeiten und -kapazitäten auch andere spezifische Merkmale erfordern, wie zum Beispiel eine geringere Latenzzeit, Netzvirtualisierung oder die Fähigkeit, im industriellen oder landwirtschaftlichen Kontext mehrere Terminals miteinander zu verbinden. In solchen Situationen kann trotz des Vorhandenseins eines Mobilfunknetzes staatliche Unterstützung erforderlich sein, um Fällen eines spezifischen Marktversagens im Zusammenhang mit identifizierten Anwendungsfällen entgegenzuwirken.
- (68) Grundsätzlich darf auch bei einem Marktversagen keine staatliche Beihilfe für den Aufbau eines Mobilfunknetzes gewährt werden, wenn der Aufbau eines solchen Netzes Teil der Erfüllung der mit der Frequenzzuweisung verbundenen Verpflichtungen ist. Staatliche Beihilfen können jedoch gewährt werden, um eine zusätzliche Dienstqualität zu bieten, die über das zur Erfüllung dieser Verpflichtungen erforderliche Maß hinausgeht, die aber notwendig ist, um die nachgewiesenen Bedürfnisse der Endnutzer zu erfüllen; eine solche Beihilfe darf allerdings nur die zusätzlichen Kosten decken, die zur Gewährleistung einer höheren Netzqualität erforderlich sind.
- (69) Wenn es in einem bestimmten Gebiet mindestens ein Mobilfunknetz gibt oder innerhalb des relevanten Zeithorizonts geben wird, das Dienste bereitstellt, die den sich weiterentwickelnden Bedarf der Endnutzer decken (siehe die Randnummern (63), (65) und (67)), würde die staatliche Unterstützung für ein zusätzliches Mobilfunknetz mit gleichwertigen Kapazitäten grundsätzlich zu einer nicht hinnehmbaren Wettbewerbsverzerrung und zur Verdrängung privater Investitionen führen. Sofern nicht ein eindeutig nachgewiesenes Marktversagen vorliegt, wird die Kommission solche Maßnahmen negativ beurteilen.

5.2.2.3 Vorliegen eines Marktversagens im Bereich der Backhaul-Netze

- (70) Backhaul-Netze sind eine notwendige Voraussetzung für den Aufbau von Zugangsnetzen. Backhaul-Netze haben das Potenzial, den Wettbewerb in den

⁶¹ Derzeit sehen die Versorgungsverpflichtungen in der Regel die Bereitstellung von Download-Geschwindigkeiten zwischen 30 Mbit/s und 100 Mbit/s vor. Gebiete, in denen solche höheren Geschwindigkeiten bereitgestellt werden, dürften zum gegenwärtigen Zeitpunkt und angesichts der derzeitigen Marktentwicklung wahrscheinlich nicht von einem Marktversagen betroffen sein. Es handelt sich jedoch um einen Markt, auf dem sich die Bedürfnisse der Endnutzer rasch entwickeln. Modernste Mobilfunknetze in Europa sind heute in der Lage, Download-Geschwindigkeiten von 150 Mbit/s und Upload-Geschwindigkeiten von 50 Mbit/s bereitzustellen – GEREK-Leitlinien für Netze mit sehr hoher Kapazität – BoR (20) 165.

Zugangsgebieten zum Nutzen aller Zugangsnetze und -technologien zu beleben. Ein leistungsfähiges Backhaul-Netz kann private Investitionen in die Anbindung der Endnutzer anregen, sofern das Backhaul-Netz den Zugang für alle Betreiber und Technologien zu offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Bedingungen gewährleistet. Die staatliche Finanzierung von Backhaul-Netzen ist in der Regel eine Maßnahme, die Wettbewerb und Investitionen fördert, da sie es Drittbetreibern ermöglicht, Zugangsnetze aufzubauen und Endnutzern Konnektivitätsdienste anzubieten.

- (71) Da Backhaul-Netze den Verkehr von mehreren festen und/oder Mobilfunk-Zugangsnetzen übertragen, benötigen Backhaul-Netze eine deutlich höhere Übertragungskapazität als einzelne Zugangsnetze. Unter Berücksichtigung des derzeitigen Bedarfs der Endnutzer, der laufenden raschen Aufrüstung der Zugangsnetze mit einer stetig wachsenden Nachfrage nach Datenübertragung und der immer höheren Leistungsfähigkeit jeder neuen Mobilfunkgeneration müssen Backhaul-Netze auf erhebliche Steigerungen der erforderlichen Kapazitäten ausgerichtet sein. Beim gegenwärtigen Stand der technologischen Entwicklung kann diesem Anstieg der Kapazitätsnachfrage durch glasfasergestützte Backhaul-Netze oder durch auf anderen Technologien basierende Backhaul-Netze begegnet werden, die in der Lage sind, das gleiche Leistungsniveau und die gleiche Zuverlässigkeit wie glasfaserbasierte Backhaul-Netze zu gewährleisten.
- (72) Ein Marktversagen in Bezug auf Backhaul-Netze kann vorliegen, wenn kein Backhaul-Netz vorhanden ist oder wenn das bestehende oder geplante Backhaul-Netz nicht auf Glasfaserleitungen oder auf einer anderen Technologie basiert, die das gleiche Leistungsniveau und die gleiche Zuverlässigkeit wie Glasfaserleitungen bieten kann⁶².

5.2.2.4 Instrumente zur Feststellung eines Marktversagens

- (73) Um ein Marktversagen festzustellen, müssen die Mitgliedstaaten anhand einer detaillierten Kartierung (siehe Abschnitt 5.2.2.4.1) und einer öffentlichen Konsultation (siehe Abschnitt 5.2.2.4.2) bestimmen, ob in dem betreffenden Gebiet Fest- oder Mobilfunknetze vorhanden sind oder deren Aufbau innerhalb des relevanten Zeithorizonts glaubwürdig geplant ist.

5.2.2.4.1 Detaillierte Kartierung und Analyse der Abdeckung

- (74) Die Mitgliedstaaten müssen anhand einer Kartierung ermitteln, welche geografischen Gebiete von der betreffenden Beihilfemaßnahme erfasst werden. Die Kommission erachtet das in Anhang I Abschnitt 3 (für feste Zugangsnetze) und Abschnitt 4 (für

⁶² Um zu vermeiden, dass das Backhaul-Netz zu einem Engpass wird, kann es erforderlich sein, seine Kapazität parallel zum Aufbau leistungsfähigerer Zugangsnetze zu erhöhen. So schlug Kroatien beispielsweise eine staatliche Maßnahme in Bezug auf seinen nationalen Backhaul-Markt vor, auf dem es Kapazitätsengpässe gab, was zu hohen Preisen auf dem nachgelagerten Markt führte. Der bestehende Backhaul-Betreiber war nicht bereit, in einen Ausbau der Kapazitäten zu investieren. Da das Problem von der nationalen Regulierungsbehörde nicht gelöst werden konnte, genehmigte die Kommission eine Beihilferegelung für Investitionen in eine Glasfaser-Backhaul-Infrastruktur, weil sie zu dem Ergebnis kam, dass die marktbeherrschende Position zu einem Engpass geworden sei, der ein Marktversagen darstellte. Beschluss C(2016) 436 final der Kommission vom 25. Januar 2016 in der Sache SA.38626 – Kroatien – Nationaler Breitbandplan (ABl. C 104 vom 18.3.2016, S. 1).

Mobilfunk-Zugangsnetze und FWA-Netze) beschriebene Verfahren als das genaueste Kartierungsverfahren. Die Mitgliedstaaten können die Anwendung alternativer Verfahren vorschlagen, sofern diese die Vorgaben der Randnummern 4, 5, 9, 10 und 12 von Abschnitt 2 erfüllen, hinreichend begründet werden und eine mit Gründen versehene Stellungnahme der nationalen Regulierungsbehörde übermittelt wird, die die Anwendung des vorgeschlagenen alternativen Verfahrens befürwortet.

- (75) Die Mitgliedstaaten verfügen bei der Festlegung der Zielgebiete über einen erheblichen Ermessensspielraum. Sie werden jedoch aufgefordert, bei der Festlegung der relevanten Gebiete die wirtschaftlichen, geografischen und sozialen Bedingungen zu berücksichtigen. So kann sich beispielsweise die Größe der Zielgebiete auf das Ergebnis des Auswahlverfahrens der Ausschreibung auswirken, da zu kleine Gebiete möglicherweise keine ausreichenden wirtschaftlichen Anreize für die Marktteilnehmer bieten, ein Angebot für ein Beihilfevorhaben abzugeben, während bei zu großen Gebieten das Ergebnis des Auswahlverfahrens der Ausschreibung möglicherweise wegen mangelnder Konkurrenz beeinträchtigt wird. Wenn mehrere kleinere Gebiete festgelegt und dafür mehrere Auswahlverfahren durchgeführt würden, könnten verschiedene Unternehmen staatliche Beihilfen erhalten, wodurch vermieden würde, dass die Maßnahme die Marktposition eines einzigen (möglicherweise bereits marktbeherrschenden) Betreibers weiter stärkt.
- (76) Wie in Abschnitt 5.2.3.5 dargelegt, wird nachdrücklich empfohlen, die NRB zu konsultieren.

5.2.2.4.2 Öffentliche Konsultation

- (77) Die Mitgliedstaaten müssen – auch auf einer geeigneten öffentlich zugänglichen Website auf nationaler Ebene⁶³ – die wichtigsten Merkmale der Maßnahme und die Liste der bei der Kartierung ermittelten Zielgebiete veröffentlichen⁶⁴.
- (78) Im Rahmen der öffentlichen Konsultation müssen interessierte Parteien aufgefordert werden, zu der Maßnahme Stellung zu nehmen und fundierte Informationen über ihre bestehenden oder glaubhaft innerhalb des relevanten Zeithorizonts geplanten Netze im Zielgebiet vorzulegen⁶⁵.
- (79) Bei der Prüfung des voraussichtlichen Zeitrahmens für den Aufbau des geförderten Netzes müssen die Mitgliedstaaten alle Aspekte berücksichtigen, bei denen

⁶³ Schreiben an bekannte Anbieter erfüllen nicht die Anforderungen einer öffentlichen Konsultation, die im Interesse der Rechtssicherheit Offenheit und Transparenz gegenüber allen potenziell interessierten Parteien gewährleisten soll.

⁶⁴ Diese Aufstellung sollte unter anderem Folgendes umfassen: Liste der Zielgebiete und ihrer Farbcodes auf der Grundlage der Kartierung, Dauer der Maßnahme, Haushaltsmittel, Quellen der staatlichen Finanzierung, Ermittlung des relevanten Zeithorizonts, Förderkriterien einschließlich der Qualität der zu erbringenden Dienste (bereitzustellende Upload- und Download-Geschwindigkeiten), Interventionsschwellenwerte (d. h. Upload- und Download-Geschwindigkeiten von Diensten, die durch die Maßnahme möglicherweise überbaut werden), Anforderungen an den Zugang auf Vorleistungsebene sowie Preisgestaltung bzw. Preisgestaltungsverfahren.

⁶⁵ Die Ergebnisse einer öffentlichen Konsultation gelten nur für den relevanten Zeithorizont; werden zu einem späteren Zeitpunkt Änderungen oder Ergänzungen von Zielgebieten vorgeschlagen, so sind die Kartierung und die öffentlichen Konsultationen erneut durchzuführen.

berechtigterweise davon ausgegangen werden kann, dass sie sich auf die Dauer des Aufbaus des neuen Netzes auswirken werden (d. h. die für das Auswahlverfahren erforderliche Zeit, mögliche rechtliche Schritte und Schwierigkeiten, Zeit für die Erlangung von Wegerechten und Genehmigungen, sonstige Verpflichtungen aufgrund von nationalen Rechtsvorschriften und Regulierungsbestimmungen usw.);

- (80) Glaubwürdige Investitionspläne müssen bei der öffentlichen Konsultation nur dann berücksichtigt werden, wenn sie für sich genommen eine ähnliche Leistungsfähigkeit bieten würden wie das geplante staatlich geförderte Netz.
- (81) Die öffentliche Konsultation muss so weit wie möglich das gleiche Granularitätsniveau gewährleisten wie die Kartierung und sie sollte gemäß Anhang I⁶⁶ unter Berücksichtigung der Klarstellungen unter Randnummer (74) durchgeführt werden.
- (82) Unabhängig davon, ob im Rahmen der Kartierung möglicherweise bereits Informationen über künftige Investitionspläne gesammelt wurden, muss das Ergebnis der Kartierung stets im Rahmen der öffentlichen Konsultation überprüft werden. Dies ist notwendig, um etwaige unverhältnismäßige Verzerrungen des Wettbewerbs mit bestehenden Anbietern und mit solchen, die bereits glaubwürdige Investitionspläne für den relevanten Zeithorizont haben, so gering wie möglich zu halten.
- (83) Die öffentliche Konsultation muss mindestens 30 Tage dauern. Nach Abschluss der öffentlichen Konsultation hat der Mitgliedstaat ein Jahr Zeit, um das Auswahlverfahren einzuleiten oder mit der Durchführung des Vorhabens für Direktinvestitionsmodelle zu beginnen. Leitet der Mitgliedstaat innerhalb eines Jahres weder das Auswahlverfahren noch die Durchführung ein, so muss er eine neue öffentliche Konsultation durchführen.

5.2.2.4.3 Bewährte Vorgehensweisen⁶⁷: Bewertung privater Investitionspläne im Rahmen der öffentlichen Konsultation

- (84) Es besteht die Gefahr, dass im Rahmen der Ermittlung der künftigen privaten Investitionspläne im Zielgebiet bloße „Interessensbekundungen“ durch einen Interessenträger im Rahmen einer öffentlichen Konsultation den Ausbau von Breitbandnetzen verzögern, wenn die Investition letztlich nicht getätigt wird, während die staatliche Maßnahme eigens zurückgestellt wurde.
- (85) Um das Risiko zu verringern, dass staatliche Maßnahmen durch künftige Investitionspläne verhindert werden, die letztlich nicht realisiert werden, können die Mitgliedstaaten beschließen, die Interessenträger aufzufordern, innerhalb einer in Anbetracht des Umfangs der angeforderten Informationen angemessenen und

⁶⁶ Um Informationen darüber zu erhalten, wie die Maßnahme am besten ausgestaltet werden sollte, kann eine öffentliche Konsultation auch Fragen an die Interessenträger beinhalten, welche Vorleistungszugangsprodukte sie in einem neu geschaffenen staatlich geförderten Netz, das künftig aus einer staatlichen Maßnahme hervorgeht, gern angeboten bekämen. Dies sollte Zugangsinteressenten nicht daran hindern, gemäß dem Konzept „Zugang bei hinreichender Nachfrage“ neue Formen von Zugangsprodukten zu beantragen.

⁶⁷ Die Abschnitte zu den bewährten Vorgehensweisen enthalten zusätzliche unverbindliche Hinweise und Beispiele dazu, wie Beihilfemaßnahmen umgesetzt werden können.

verhältnismäßigen Frist⁶⁸ Nachweise für die Glaubwürdigkeit ihrer Investitionspläne vorzulegen. Dazu kann beispielsweise ein detaillierter Ausbauplan mit Etappenzielen (zum Beispiel für jeden Sechsmonatszeitraum) gehören, aus dem hervorgeht, dass das Investitionsvorhaben innerhalb des relevanten Zeithorizonts abgeschlossen und eine ähnliche Leistungsfähigkeit wie das geplante staatlich geförderte Netz gewährleisten wird.

- (86) Um die Glaubwürdigkeit der erklärten Leistungsfähigkeit und Abdeckung zu bewerten, können die Mitgliedstaaten dieselben Kriterien heranziehen, die zur Bewertung der Leistungsfähigkeit der bestehenden Netze verwendet werden, sofern dies vertretbar und angemessen ist, wie in Anhang I dargelegt.
- (87) Für die Bewertung der Glaubwürdigkeit künftiger Investitionspläne können die Mitgliedstaaten folgende Kriterien heranziehen:
- a) Der Investor hat einen soliden Geschäftsplan vorgelegt, der angemessene Angaben enthält, zum Beispiel Zeitrahmen, Budget, Standort der Ziel-Haushalte, Qualität der zu erbringenden Dienstleistung, Art des Netzes und der zu verbauenden Technologie, Nutzungsquote;
 - b) der Investor hat einen glaubwürdigen allgemeinen Gesamtplan für das Vorhaben vorgelegt, in dem die wesentlichen Etappenziele des Vorhabens – wie zum Beispiel Verwaltungsverfahren und Genehmigungen, einschließlich Wegerechten, Umweltgenehmigungen, Sicherheits- und Schutzbestimmungen (zum Beispiel für 5G), Baumaßnahmen, Fertigstellung des Netzes, Aufnahme des Betriebs auf Vorleistungsebene und Vermarktung der Dienste an die Endnutzer – ordnungsgemäß berücksichtigt sind;
 - c) Angemessenheit der Größe des Unternehmens im Verhältnis zur Höhe der Investition;
 - d) Erfahrung des Investors mit vergleichbaren Projekten;
 - e) falls erforderlich und angemessen die geografischen Koordinaten der Schlüsselemente des geplanten Netzes (Basisstationen, Knotenpunkte [„Points of Presence“, PoP] usw.).
- (88) Ist ein Mitgliedstaat der Auffassung, dass die privaten Investitionspläne glaubwürdig sind, so kann er beschließen, die Betreiber aufzufordern, Verpflichtungsvereinbarungen zu unterzeichnen, einschließlich der Verpflichtung, über die Fortschritte bei der Erreichung der erklärten Etappenziele Bericht zu erstatten.
- (89) Es liegt in der Verantwortung der Interessenträger, unter Beachtung der einschlägigen Unions-⁶⁹ oder nationalen Vorschriften aussagekräftige Informationen bereitzustellen.

⁶⁸ Aus Zeitgründen können die Mitgliedstaaten dieses Ersuchen direkt in die öffentliche Konsultation mit aufnehmen. Alternativ können die Mitgliedstaaten nach der öffentlichen Konsultation im Zuge der Bewertung von deren Ergebnissen bestimmte Anbieter, die im Rahmen der öffentlichen Konsultation Informationen bereitgestellt haben, die möglicherweise einer bloßen „Interessenbekundung“ gleichkommen, um die Übermittlung weiterer Informationen ersuchen.

⁶⁹ Artikel 29 der Richtlinie (EU) 2018/1972.

- (90) Werden im Rahmen der öffentlichen Konsultation relevante Informationen nicht vorgelegt, so kann der Mitgliedstaat seine Entscheidung auf der Grundlage der Informationen treffen, die im Rahmen der öffentlichen Konsultation bereitgestellt wurden. Die Mitgliedstaaten müssen die im Rahmen der öffentlichen Konsultation übermittelten Informationen gemäß den Vorgaben in diesem Abschnitt und in Anhang I bewerten. Die Mitgliedstaaten sollten die Ergebnisse ihrer Bewertung und die entsprechende Begründung allen Interessenträgern mitteilen, die Informationen über ihre privaten Investitionspläne übermittelt haben.
- (91) Der Mitgliedstaat sollte die NRB zu den Ergebnissen der öffentlichen Konsultation, einschließlich der Bewertung der Glaubwürdigkeit künftiger Investitionspläne durch den Mitgliedstaat, konsultieren⁷⁰.

5.2.2.4.4 Bewährte Vorgehensweisen: Ex-post-Monitoring der Umsetzung privater Investitionspläne

- (92) Ist der Mitgliedstaat der Auffassung, dass die vorgelegten privaten Investitionspläne glaubwürdig sind und hat er folglich das entsprechende Gebiet von der staatlichen Maßnahme ausgenommen, so kann er beschließen, die Betreiber, die die Pläne vorgelegt oder Verpflichtungsvereinbarungen geschlossen haben, dazu zu verpflichten, regelmäßig über die von ihnen angegebenen Etappenziele für den Netzausbau und die Erbringung der Dienste innerhalb des angegebenen Zeitrahmens Bericht zu erstatten.
- (93) Wenn der Mitgliedstaat Abweichungen von dem vorgelegten Plan feststellt, die darauf hindeuten, dass das Vorhaben nicht verwirklicht wird, oder er hinreichende Gründe hat zu bezweifeln, dass das Investitionsvorhaben in der angegebenen Form fertiggestellt wird, kann er beschließen, den Interessenträger aufzufordern, als Nachweis dafür, dass das Investitionsvorhaben nach wie vor glaubwürdig ist, weitere Informationen vorzulegen.
- (94) Hat der Mitgliedstaat erhebliche Zweifel, ob die Investition in der angegebenen Form abgeschlossen wird, so kann er jederzeit während des relevanten Zeithorizonts beschließen, die von der Investition betroffenen Gebiete in eine neue öffentliche Konsultation mit einzubeziehen, um zu ermitteln, ob sie möglicherweise für eine staatliche Maßnahme in Betracht kommen.

5.2.3 Geeignetheit der Beihilfemaßnahme als politisches Instrument

- (95) Der Mitgliedstaat muss nachweisen, dass die Beihilfe und ihre Ausgestaltung geeignet sind, dem festgestellten Marktversagen zu begegnen und die mit der Beihilfe verfolgten Ziele zu erreichen. Eine Beihilfemaßnahme, die nicht geeignet ist, wird als nicht mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen; dies ist beispielsweise der Fall, wenn dasselbe Ergebnis durch andere, weniger wettbewerbsverzerrende Maßnahmen erreicht werden kann.
- (96) Staatlich geförderte Fest- und Mobilfunknetze können nur dann als angemessen eingestuft werden, wenn sie im Vergleich zu den bestehenden Netzen deutlich verbesserte Merkmale aufweisen. So sollten staatlich geförderte Fest- und

⁷⁰ Ein ähnlicher Mechanismus ist in Artikel 22 der Richtlinie (EU) 2018/1972 festgelegt.

Mobilfunknetze eine wesentliche Verbesserung sicherstellen können. Eine wesentliche Verbesserung kann nachgewiesen werden, wenn infolge der staatlichen Maßnahme i) der Aufbau des neuen Fest- oder Mobilfunknetzes eine erhebliche neue Investition in Breitbandnetze darstellt⁷¹ und ii) das staatlich geförderte Netz dem Markt erhebliche neue Möglichkeiten in Bezug auf die Verfügbarkeit, die Kapazitäten, die Geschwindigkeiten und den Wettbewerb der Breitbanddienste bietet. Die wesentliche Verbesserung muss mit der Leistungsfähigkeit des/der bestehenden Netze(s) verglichen werden. Glaubwürdig geplante Netzausbauvorhaben werden bei der Bewertung der wesentlichen Verbesserung nicht berücksichtigt, außer wenn sie für sich genommen innerhalb des relevanten Zeithorizonts eine ähnliche Leistungsfähigkeit bieten würden wie das geplante staatlich geförderte Netz.

- (97) Staatliche Maßnahmen können in begründeten Fällen einer Schonfrist für private Investitionen von grundsätzlich bis zu sieben Jahren unterliegen⁷².

5.2.3.1 Wesentliche Verbesserung – feste Zugangsnetze

- (98) Bei festen Zugangsnetzen können verbesserte Leistungsmerkmale anhand der Geschwindigkeiten gemessen werden. In diesem Fall liegt eine wesentliche Verbesserung vor, wenn die Download- und die Upload-Geschwindigkeit (siehe Abschnitt 5.2.3.1.4) im Vergleich zum bestehenden Netz erheblich erhöht werden.

5.2.3.1.1 Weiße Flecken

- (99) Wenn die bestehenden Netze nicht in der Lage sind, ultraschnelle Download-Geschwindigkeiten bereitzustellen, muss durch die öffentliche Förderung
- a) bei einer Download-Geschwindigkeit von unter 30 Mbit/s: die Download-Geschwindigkeit mindestens verdoppelt und eine Download-Geschwindigkeit von mindestens 30 Mbit/s erreicht werden;
 - b) bei einer Download-Geschwindigkeit von 30 Mbit/s oder mehr: die Download-Geschwindigkeit mindestens verdreifacht und mindestens eine ultraschnelle Download-Geschwindigkeit erreicht werden. Die Union hat sich das strategische Ziel gesetzt, dass bis 2025 „alle europäischen Privathaushalte unabhängig davon, ob sie sich auf dem Land oder in der Stadt befinden,

⁷¹ Beispielsweise sollten bei Festnetzen geringfügige Investitionen, die lediglich der Aufrüstung der aktiven Netzkomponenten dienen, nicht als beihilfefähig eingestuft werden. Ebenfalls nicht für Beihilfen in Betracht kommen sollten bestimmte Technologien, die zwar die Leistungskapazität von Kupferkabeln erhöhen (wie zum Beispiel das Vectoring) und somit die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Netze steigern könnten, aber möglicherweise keine erheblichen Investitionen in neue Netze erfordern. Bei Mobilfunknetzen können Investitionen in aktive Komponenten eine wichtige Rolle für die Dienstqualität spielen. In solchen Fällen kann die öffentliche Förderung auch auf aktive Komponenten ausgeweitet werden, sofern diese nicht aus nur geringfügigen, schrittweisen Aufrüstungen bestehen, sondern fester Bestandteil einer signifikanten Aufrüstung der Kapazitäten des Netzes sind. Siehe z. B. Beschluss der Kommission (C(2021) 9538) – Spanien – SA.57216 – Mobile coverage in rural areas in Galicia (Mobilfunkversorgung in ländlichen Gebieten in Galizien) (noch nicht veröffentlicht).

⁷² Relevanz und Dauer einer Schonfrist für private Investitionen hängen von den Merkmalen der zu schützenden Netze ab, z. B. den zugrunde liegenden Netztechnologien, den Ausbaueiträumen, dem Vorhandensein von zweckgebundenen Zeiträumen usw.

Zugang zu einer Internetanbindung ... mit mindestens 100 Mbit/s [Downlink] erhalten [sollen], der auf Gigabit aufgerüstet werden kann“⁷³.

- (100) In jeden Fall muss das neue Netz die Upload-Geschwindigkeit⁷⁴ des bestehenden Netzes, das die höchste Download-Geschwindigkeit bietet, ausreichend erhöhen.
- (101) Wie unter Randnummer (96) erläutert, muss die staatlich geförderte Maßnahme auch eine erhebliche neue Infrastrukturinvestition darstellen, die erhebliche neue Kapazitäten auf den Markt bringt⁷⁵.

5.2.3.1.2 Graue Flecken

- (102) Besteht bereits ein ultraschnelles Netz, so kann eine staatliche Förderung für ein leistungsfähigeres Netz nur gewährt werden, wenn sich durch die staatlich geförderte Investition in das neue Netz die Download-Geschwindigkeit mindestens verdreifacht und sich die Upload-Geschwindigkeit im Vergleich zur bestehenden Infrastruktur ausreichend erhöht. Wie im vorstehenden Abschnitt erläutert, muss die staatlich geförderte Maßnahme auch eine erhebliche neue Infrastrukturinvestition darstellen, die erhebliche neue Kapazitäten auf den Markt bringt⁷⁶.

5.2.3.1.3 Schwarze Flecken

- (103) Gibt es bereits zwei oder mehr ultraschnelle Netze, so kann eine öffentliche Förderung für ein leistungsfähigeres Netz nur gewährt werden, wenn das neue Netz zusätzlich zu der Anforderung, die Download-Geschwindigkeit im Vergleich zum bestehenden Netz mindestens zu verdreifachen und die Upload-Geschwindigkeit ausreichend zu erhöhen, eine Download-Geschwindigkeit von mindestens 1 Gbit/s bietet.

5.2.3.1.4 Höhere Upload-Geschwindigkeiten

- (104) Im weiteren Verlauf des Jahrzehnts und angesichts der erwarteten Marktentwicklungen könnte ein nachweislicher Bedarf an einer höheren Upload-Geschwindigkeit von bis zu 1 Gbit/s entstehen. In solchen Fällen können Netze mit Geschwindigkeiten von 1 Gbit/s im Download, aber nicht im Upload, möglicherweise nicht ausreichen, um den besonderen Bedarf der Endnutzer zu decken.

⁷³ Konnektivität für einen wettbewerbsfähigen digitalen Binnenmarkt – Hin zu einer europäischen Gigabit-Gesellschaft“, COM(2016) 587 final.

⁷⁴ Breitbandnetze bieten in der Regel höhere Download-Geschwindigkeiten als Upload-Geschwindigkeiten. In der Regel beläuft sich die Upload-Geschwindigkeit auf 10 % bis 30 % der Download-Geschwindigkeit. „Ausreichende Erhöhung der Upload-Geschwindigkeit“ bedeutet, dass die daraus resultierende Upload-Geschwindigkeit mindestens innerhalb dieser Bandbreite liegen muss.

⁷⁵ Dies ist beispielsweise der Fall, wenn das neue Netz die Glasfaserleitungen vom Kern des Netzes bis zum Rand des Netzes erheblich erweitert, z. B. durch i) die Verlegung von Glasfaserleitungen zu den Basisstationen, um den Ausbau von FWA-Netzen zu unterstützen; ii) die Verlegung von Glasfaserleitungen zu den Straßenverteilerkästen, wenn die Straßenverteilerkästen bisher noch nicht an ein Glasfasernetz angeschlossen waren; iii) den Ausbau (breite Anwendung in der Fläche) der Glasfaserleitungen in Kabelnetzen.

⁷⁶ Siehe auch Fußnote 82.

- (105) Auf dieser Grundlage können staatliche Maßnahmen zum Aufbau von Netzen mit einer Upload-Geschwindigkeit von bis zu 1 Gbit/s in Gebieten zulässig sein, in denen bereits ein Netz mit einer Download-Geschwindigkeit von 1 Gbit/s vorhanden ist⁷⁷, wenn der Mitgliedstaat nachweist, dass dort ein Bedarf an höheren Upload-Geschwindigkeiten von bis zu 1 Gbit/s festgestellt wurde, sofern die in Abschnitt 5.2.2.3 genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Zu diesem Zweck sollten die Mitgliedstaaten zuverlässige faktische Nachweise aus überprüfbaren Quellen vorlegen.
- (106) Staatliche Beihilfen für den Aufbau von Netzen, die höhere Upload-Geschwindigkeiten bieten, müssen zu einem erheblichen, nachhaltigen, wettbewerbsfördernden und dauerhaften technischen Fortschritt führen, ohne unverhältnismäßige Hemmnisse für private Investitionen zu schaffen.

5.2.3.2 Wesentliche Verbesserung – Mobilfunk-Zugangsnetze

- (107) Ein staatlich gefördertes Mobilfunknetz muss eine wesentliche Verbesserung in Bezug auf Verfügbarkeit, Kapazität, Geschwindigkeit und Wettbewerb der Mobilfunkdienste gewährleisten, was die Einführung neuer innovativer Dienste⁷⁸ fördern kann.
- (108) Wie in Abschnitt 2.2.2 dargelegt, erfolgt der Übergang zu jeder neuen Mobilfunkgeneration in der Regel schrittweise. Zwischen zwei aufeinanderfolgenden Haupt-Generationen gibt es Zwischenversionen, die in der Regel leistungsfähiger sind als ihre Vorgänger. So ist beispielsweise der Mobilfunkstandard „4G LTE“ in mehrerlei Hinsicht besser als 4G, und das eigenständige 5G-Netz ist leistungsfähiger als das nichteigenständige 5G-Netz. Analog dazu werden mit jeder neuen Generation von Mobilfunkdiensten neue Leistungsmerkmale angeboten⁷⁹. Während alle Mobilfunkstandard-Generationen mobile Sprachdienste ermöglichen, können nur über die neueren Generationen leistungsfähige mobile Datendienste bereitgestellt werden. Der wichtigste Unterscheidungsfaktor der Mobilfunkstandard-Generationen ist die steigende Gesamtkapazität, da neuere Generationen geringere Latenzzeiten und höhere Übertragungskapazitäten bieten.
- (109) Da für die Bereitstellung neuer Leistungsmerkmale größere Kapazitäten benötigt werden, sind für die Technologien der neuen Generation neue Frequenzen erforderlich. Da Frequenzen eine knappe Ressource sind, erfolgt die Zuteilung solcher Frequenzen in der Union anhand von Auktionen oder anderen wettbewerblichen Auswahlverfahren. Wenn infolge dieses Prozesses eine neue Mobilfunkstandard-Generation eingeführt wird, kann davon ausgegangen werden, dass diese Technologie im Vergleich zu den bestehenden Mobilfunknetzen signifikante neue Leistungsmerkmale bieten wird. Mobilfunknetzbetreiber sind nur dann bereit, erhebliche Vorabkosten für den Erwerb neuer Frequenznutzungsrechte zur Unterstützung einer neuen Mobilfunkstandard-Generation zu tragen, wenn sie davon

⁷⁷ Unabhängig vom nachgewiesenen Bedarf an höheren Upload-Geschwindigkeiten ist ein Eingreifen nicht möglich, wenn zwei oder mehr Netze vorhanden sind, die aufgerüstet werden können, um eine Upload-Geschwindigkeit von mindestens 1 Gbit/s zu erreichen.

⁷⁸ Dies kann die Bereitstellung neuer Dienste umfassen, die ohne die staatliche Maßnahme nicht möglich gewesen wären, z. B. vernetzte und automatisierte Mobilität.

⁷⁹ Siehe auch Fußnote 24.

ausgehen können, dass diese neue Technologie bessere Leistungsmerkmale bietet, die es ihnen ermöglichen, im Laufe der Zeit eine Rendite für ihre Investition zu erzielen. Auf dieser Grundlage hat die Kommission anerkannt, dass die zusätzlichen Leistungsmerkmale von 4G-Netzen eine wesentliche Verbesserung gegenüber früheren Generationen darstellen⁸⁰. Analog dazu verfügen eigenständige 5G-Netze im Vergleich zu früheren Generationen und im Vergleich zu nichteigenständigen 5G-Lösungen über zusätzliche Funktionen und Leistungsmerkmale wie zum Beispiel eine ultraniedrige Latenzzeit, eine hohe Zuverlässigkeit und die Möglichkeit, einen Teil des Netzes für eine bestimmte Nutzung zu reservieren und eine bestimmte Dienstqualität zu gewährleisten. Dank dieser Leistungsmerkmale werden eigenständige 5G-Netze neue Dienste unterstützen können (z. B. Gesundheitsüberwachungs- und Notfalldienste, Echtzeitkontrolle von Maschinen in Fabriken, intelligente Netze für das Management erneuerbarer Energien, vernetzte und automatisierte Mobilität, präzise Fehlererkennung und schnelles Eingreifen), wodurch im Vergleich zu früheren Generationen und nichteigenständigen 5G-Netzen eine wesentliche Verbesserung sichergestellt wird. Es wird erwartet, dass der Mobilfunkstandard der nächsten Generation (z. B. 6G) in Zukunft weitere verbesserte Leistungsmerkmale bieten wird.

5.2.3.3 Wesentliche Verbesserung – Backhaul-Netze

- (110) Ein staatlich gefördertes Backhaul-Netz muss eine wesentliche Verbesserung in Bezug auf die Dienste sicherstellen, die es unterstützen kann. Eine wesentliche Verbesserung kann nachgewiesen werden, wenn das neue Backhaul-Netz die Download- und Upload-Geschwindigkeit der bestehenden und geplanten Backhaul-Netze mindestens verdoppelt.

5.2.3.4 Alternative politische Instrumente

- (111) Staatliche Beihilfen sind nicht das einzige politische Instrument, das den Mitgliedstaaten zur Verfügung steht, um Investitionen in den Ausbau von Breitbandnetzen für die elektronische Kommunikation zu fördern. Die Mitgliedstaaten können auf andere verfügbare Instrumente zurückgreifen, die besser geeignet sind, wie zum Beispiel nichtmonetäre nachfrageseitige Maßnahmen, Verwaltungs- und Regulierungsmaßnahmen oder marktbasierende Instrumente (siehe Anhang II). Außerdem können zur Bewertung der Geeignetheit der geplanten Beihilfemaßnahme die Ergebnisse von Ex-post-Evaluierungen berücksichtigt werden (siehe Abschnitt 8).

⁸⁰ Siehe beispielsweise den Beschluss C(2020) 8939 final der Kommission vom 16. Dezember 2020 in der Sache SA.54684 – Deutschland – Aufbau einer hochleistungsfähigen Mobilfunkinfrastruktur in Brandenburg (ABl. C 60 vom 19.2.2021, S. 2).

5.2.3.5 Bewährte Vorgehensweisen: Rolle der NRB, der nationalen Wettbewerbsbehörden, der nationalen Kompetenzzentren und der Breitband-Kompetenzbüros

- (112) Den NRB kommt mit Blick auf die Ausgestaltung der am besten geeigneten staatlichen Beihilfemaßnahmen zur Förderung des Breitbandausbaus eine besonders wichtige Rolle zu. Durch die zentrale Rolle im Bereich der Regulierung, die den NRB aus den sektorspezifischen Vorschriften erwächst, verfügen sie über einschlägiges technisches Know-how und Erfahrung und sind am besten in der Lage, Behörden bei der Ausgestaltung staatlicher Beihilfemaßnahmen zu unterstützen.
- (113) Den Mitgliedstaaten wird nahegelegt, die NRB systematisch im Hinblick auf die Ausgestaltung staatlicher Beihilfemaßnahmen zu konsultieren, und zwar insbesondere, aber nicht ausschließlich, in Bezug auf: die Ermittlung der Zielgebiete (Kartierung und öffentliche Konsultation), die Bewertung einer wesentlichen Verbesserung, die Vorleistungszugangsprodukte, die Bedingungen und die Preisgestaltung, die Mechanismen zur Beilegung von Konflikten sowie im Falle von Streitigkeiten in Bezug auf einen dieser Aspekte. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, den NRB die Ressourcen und Kompetenzen zur Verfügung zu stellen, die diese zur Bereitstellung einer solchen Unterstützung benötigen. Erforderlichenfalls sollten die Mitgliedstaaten eine geeignete Rechtsgrundlage für die Mitwirkung der NRB an beihilfegeförderten Breitbandvorhaben schaffen⁸¹.
- (114) Im Einklang mit den bewährten Vorgehensweisen können die NRB, unbeschadet der Zuständigkeiten der NRB innerhalb des Rechtsrahmens, Leitlinien für die lokalen Behörden herausgeben, und zwar unter anderem zur Durchführung von Marktanalysen und zur Definition von Vorleistungszugangsprodukten sowie zur Preisgestaltung. Diese Leitlinien sollten dem Rechtsrahmen und den Empfehlungen der Kommission Rechnung tragen⁸².
- (115) Zusätzlich zur Einbeziehung der NRB können die Mitgliedstaaten auch die nationalen Wettbewerbsbehörden konsultieren, um sich beispielsweise in Bezug auf die Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen für Betreiber beraten zu lassen und um zu vermeiden, dass einem einzigen Betreiber ein unverhältnismäßig hoher Anteil der staatlichen Mittel zufließt und seine (möglicherweise bereits beherrschende) Marktposition dadurch noch gefestigt wird⁸³.
- (116) Die Mitgliedstaaten können nationale Kompetenzzentren oder Breitband-Kompetenzbüros einrichten, die die Behörden dabei unterstützen können,

⁸¹ Hat die NRB nach nationalem Recht die erforderlichen Befugnisse zur Beteiligung an beihilfegeförderten Breitbandvorhaben erhalten, sollte der Mitgliedstaat der NRB mindestens zwei Monate vor der Anmeldung einer staatlichen Beihilfe eine ausführliche Beschreibung der Beihilfemaßnahmen und der relevanten Merkmale übermitteln, um der NRB eine angemessene Frist zur Stellungnahme einzuräumen.

⁸² Dies würde die Transparenz erhöhen, die Verwaltungslast für die lokalen Behörden verringern und könnte dazu führen, dass sich eine Einzelprüfung jeder Beihilfesache durch die NRB erübrigt.

⁸³ Siehe zum Beispiel Avis No 12-A-02 du 17 janvier 2012 relatif à une demande d'avis de la commission de l'économie, du développement durable et de l'aménagement du territoire du Sénat concernant le cadre d'intervention des collectivités territoriales en matière de déploiement des réseaux à très haut débit (Stellungnahme der französischen Wettbewerbsbehörde zum Ausbau von Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetzen).

angemessene staatliche Beihilfemaßnahmen zu konzipieren und für eine konsistente Anwendung der Maßnahmen zu sorgen, die den Beihilfevorschriften der vorliegenden Leitlinien unterliegen⁸⁴.

5.2.4 *Verhältnismäßigkeit der Beihilfemaßnahme*

- (117) Die Mitgliedstaaten müssen nachweisen, dass die Beihilfe in einem angemessenen Verhältnis zu dem zu lösenden Problem steht, indem sie insbesondere aufzeigen, dass dieselbe Verhaltensänderung (gemessen am Anreizeffekt) mit einer geringeren Beihilfe und geringeren Wettbewerbsverzerrungen nicht zu erreichen wäre. Beihilfen gelten als angemessen, wenn der Beihilfebetrug auf das erforderliche Minimum beschränkt ist und die potenziellen Wettbewerbsverzerrungen gemäß Abschnitt 5.2.4.1 bis 5.2.4.7 minimiert werden.

5.2.4.1 Wettbewerbliches Auswahlverfahren

- (118) Eine Beihilfemaßnahme gilt als angemessen, wenn der Beihilfebetrug auf das Minimum beschränkt ist, das für die Durchführung der geförderten Wirtschaftstätigkeit erforderlich ist.
- (119) Die Beihilfe muss Anbietern elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste auf der Grundlage eines offenen, transparenten und diskriminierungsfreien wettbewerblichen Auswahlverfahrens im Einklang mit den Grundsätzen der öffentlichen Auftragsvergabe⁸⁵ und unter Wahrung des Grundsatzes der Technologieneutralität gemäß Abschnitt 5.2.4.2 gewährt werden, unbeschadet der geltenden Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge.
- (120) Eine Beihilfe gilt als angemessen und auf das erforderlichen Minimum beschränkt, wenn sie auf der Grundlage eines wettbewerblichen Auswahlverfahrens gewährt wird, an dem sich eine ausreichende Zahl von Unternehmen beteiligt. Reicht die Teilnehmerzahl nicht aus, so muss der Mitgliedstaat einen unabhängigen Prüfer mit der Bewertung des vom erfolgreichen Bieter eingereichten Angebots (einschließlich Kostenkalkulationen) beauftragen.
- (121) Abhängig von den jeweiligen Umständen können verschiedene Verfahren geeignet sein. Bei Vorhaben mit hoher technischer Komplexität oder falls dies aus anderen Gründen angebracht ist, können die Mitgliedstaaten beschließen, mit potenziellen

⁸⁴ Siehe zum Beispiel Beschluss K(2008) 6705 der Kommission vom 5. November 2008 in der Sache N 237/08 – Deutschland – Breitbandförderung in Niedersachsen (C 18 vom 24.1.2009, S. 1); Beschluss C(2012) 8223 final der Kommission vom 20. November 2012 in der Sache SA.33671 (2012/N) – Vereinigtes Königreich – National Broadband scheme for the UK – Broadband Delivery UK (Nationales Breitbandprogramm für das Vereinigte Königreich – Breitbandversorgung im Vereinigten Königreich) (ABl. C 16 vom 19.1.2013, S. 2), und Beschluss C(2016) 3208 final der Kommission vom 26. Mai 2016 in der Sache SA.40720 (2016/N) – Vereinigtes Königreich – Broadband Delivery UK (Breitbandversorgung im Vereinigten Königreich) (ABl. C 323 vom 2.9.2016, S. 2).

⁸⁵ Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 65) und Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Konzessionsvergabe (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 1).

Bieter ein wettbewerbliches Dialogverfahren mit dem Ziel einzuleiten, die am besten geeignete Projektkonzeption zu gewährleisten.

- (122) Der Mitgliedstaat muss sicherstellen, dass die wirtschaftlich günstigste Lösung ausgewählt wird. Zu diesem Zweck muss der Mitgliedstaat objektive, transparente und diskriminierungsfreie qualitative Zuschlagskriterien aufstellen und die relative Gewichtung jedes Kriteriums im Voraus festlegen. Das Abschneiden bei den qualitativen Zuschlagskriterien muss gegen den beantragten Beihilfebetrug abgewogen werden. Bei vergleichbaren oder sogar identischen Qualitätsmerkmalen muss dem Bieter, der den niedrigsten Beihilfebetrug beantragt, der Zuschlag für die Beihilfe erteilt werden.
- (123) Zu den qualitativen Zuschlagskriterien können unter anderem die Leistungsfähigkeit des Netzes (einschließlich seiner Sicherheit), die geografische Abdeckung, die Zukunftssicherheit des technologischen Ansatzes, die Auswirkungen der vorgeschlagenen Lösung auf den Wettbewerb (einschließlich Zugangsbedingungen, sonstiger Bedingungen und Preisgestaltung auf Vorleistungsebene)⁸⁶ und die Gesamtbetriebskosten⁸⁷ gehören.
- (124) Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, bei der Beurteilung der Leistungsfähigkeit des Netzes auch Kriterien des Klima- und Umweltschutzes zu berücksichtigen. Zu diesen Kriterien kann beispielsweise gehören, welche Auswirkungen das Netz auf das Klima und die Umwelt hat⁸⁸ oder ob die Maßnahme die nationalen und EU-weiten Klima- und Umweltvorschriften einhält. Die Mitgliedstaaten können den ausgewählten Bieter auch verpflichten, Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, falls das Netz möglicherweise negative Auswirkungen auf die Umwelt hat.
- (125) Wird die Beihilfe ohne ein wettbewerbliches Auswahlverfahren einer Behörde gewährt, die beauftragt wird, ein Breitbandnetz auf Vorleistungsebene⁸⁹ direkt oder über eine interne Stelle auszubauen und zu verwalten (Direktinvestitionsmodell), so

⁸⁶ So sollten beispielsweise Netzwerktopologien, die eine tatsächliche, vollständige Entbündelung ermöglichen, mehr Punkte erhalten.

⁸⁷ Die Gesamtbetriebskosten (Total Cost of Ownership, TCO) werden beispielsweise von Unternehmen herangezogen, bevor sie in Kapitalprojekte investieren. Die TCO umfassen die Erstinvestition sowie alle direkten und indirekten langfristigen Ausgaben. Während die Höhe der Erstinvestition leicht zu beziffern ist, möchten die Unternehmen meist auch alle potenziellen indirekten Ausgaben analysieren, die einen erheblichen Einfluss auf ihre Investitionsentscheidung haben können.

⁸⁸ Beispielsweise aufgrund des Energieverbrauchs oder des Lebenszyklus der Investition unter Berücksichtigung der in der Taxonomie-Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen eingeführten Kriterien des Grundsatzes der Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen („Do No Significant Harm, DNSH“).

⁸⁹ Dem Beihilfeempfänger kann gestattet werden, Endkundendienste als „Endkundendiensteanbieter der letzten Instanz“ anzubieten, wenn ein Verbraucher auf dem Markt keinen Endkundendienst beziehen kann. Siehe Beschluss C(2019) 8069 final der Kommission vom 15. November 2019 in der Sache SA.54472 (2019/N) – Irland – National Broadband Plan (Nationaler Breitbandplan) (ABl. C 7 vom 10.1.2020, S. 1).

muss der Mitgliedstaat die Wahl seiner Netz- und Technologielösung ebenfalls begründen⁹⁰.

- (126) Unbeschadet der geltenden Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge auf der Grundlage des wirtschaftlich günstigsten Angebots muss jede Konzession oder sonstige Beauftragung eines Dritten durch eine solche Behörde oder interne Stelle zum Entwurf, Bau oder Betrieb des Netzes im Wege eines offenen, transparenten und diskriminierungsfreien wettbewerblichen Auswahlverfahrens im Einklang mit den Grundsätzen der öffentlichen Auftragsvergabe und unter Wahrung des Grundsatzes der Technologieneutralität vergeben werden.

5.2.4.2 Technologieneutralität

- (127) Nach dem Grundsatz der Technologieneutralität darf die staatliche Maßnahme nicht bestimmte Technologien begünstigen oder ausschließen – weder bei der Auswahl der Begünstigten noch bei der Bereitstellung des Zugangs auf Vorleistungsebene. Da es unterschiedliche technische Lösungen gibt, sollte bei einer Ausschreibung keine der möglichen Technologien oder Netzplattformen bevorzugt oder ausgeschlossen werden. Die Bieter sollten berechtigt sein, die Versorgung mit den geforderten Diensten unter Nutzung einer (Kombination von) Technologie(n) vorzuschlagen, die sie für die am besten geeignete halten. Dessen ungeachtet haben die Mitgliedstaaten gemäß Abschnitt 5.2.4.1 die Möglichkeit, die gewünschte Leistung, einschließlich der Energieeffizienz der Netze, *ex ante* festzulegen und auf der Grundlage objektiver, transparenter und diskriminierungsfreier Kriterien Prioritätspunkte für die am besten geeignete technische Lösung oder den am besten geeigneten Technologie-Mix zu vergeben. Ein staatlich gefördertes elektronisches Kommunikationsnetz muss unabhängig von der verwendeten Technologie allen Zugangsinteressenten zu fairen und diskriminierungsfreien Bedingungen zugänglich sein.

5.2.4.3 Nutzung bestehender Infrastruktur

- (128) Die Wiederverwendbarkeit bestehender Infrastruktur ist einer der wichtigsten Faktoren, um die Gesamtkosten des Ausbaus eines neuen Breitbandnetzes zu senken und seine negativen Auswirkungen auf die Umwelt zu begrenzen⁹¹.
- (129) Die Mitgliedstaaten müssen eine nationale Datenbank über die Verfügbarkeit bestehender Infrastruktur einrichten, die für den Breitbandausbau wiederverwendet werden könnte, einschließlich kommerzieller Infrastruktureinrichtungen und solcher, die im Eigentum öffentlicher Stellen stehen.

⁹⁰ Siehe Beschluss C(2018) 6613 final der Kommission vom 12. Oktober 2018 in der Sache SA.49614 (2018/N) – Litauen – Development of Next Generation Access Infrastructure (Ausbau der Zugangsinfrastruktur der nächsten Generation) – RAIN 3 (ABl. C 424 vom 23.11.2018, S. 8); Beschluss C(2016) 3931 final der Kommission vom 30. Juni 2016 in der Sache SA.41647 – Italien – Strategia Banda Ultralarga (Ultrabreitband-Strategie) (ABl. C 258 vom 15.7.2016, S. 4); Beschluss C(2019) 6098 final der Kommission vom 20. August 2019 in der Sache SA.52224 – Österreich – Breitbandvorhaben in Kärnten (ABl. C 381 vom 8.11.2019, S. 7).

⁹¹ Beispiele für Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Netzen und deren Auswirkungen auf die Umwelt finden sich in der Richtlinie zur Senkung der Breitbandkosten (Richtlinie 2014/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation (ABl. L 155 vom 23.5.2014, S. 1)).

- (130) Die Mitgliedstaaten müssen in die Unterlagen des wettbewerblichen Auswahlverfahrens alle Informationen über die vorhandene Infrastruktur mit aufnehmen, die auf der Grundlage der nationalen Datenbank ermittelt und auf der Grundlage der Kartierung und der öffentlichen Konsultation ergänzt oder aktualisiert wurden.
- (131) Die Mitgliedstaaten sollten die an einem wettbewerblichen Auswahlverfahren teilnehmenden Betreiber (Bieter) dazu anhalten, die vorhandene Infrastruktur in Anspruch zu nehmen, um einen unnötigen und verschwenderischen Doppeleinsatz von Ressourcen zu vermeiden und die Höhe der öffentlichen Fördermittel zu reduzieren. Dies kann unter anderem Folgendes umfassen: Nutzung der eigenen Infrastruktur des Betreibers; Nutzung der Infrastruktur anderer Betreiber (einschließlich regulierter Produkte⁹²); Nutzung anderer bestehender Versorgungsinfrastruktur (zum Beispiel auch Wasser- und Abwasserleitungen und die relevante Stromversorgungsinfrastruktur); Wiederverwendung von Funkmasten; öffentliche Infrastruktur usw.
- (132) Jeder Betreiber, der Eigentümer einer Infrastruktur im Zielgebiet ist oder diese kontrolliert (unabhängig davon, ob sie tatsächlich genutzt wird) und sich an der Ausschreibung beteiligen möchte, muss:
- a) die Beihilfebewilligungsbehörde und die NRB während der Kartierung und der öffentlichen Konsultation über diese Infrastruktur informieren,
 - b) sich verpflichten, die Infrastruktur anderen Betreibern zur Nutzung in ihren Geboten zur Verfügung zu stellen, und
 - c) angemessene Informationen über die Nutzung dieser Infrastruktur bereitstellen (einschließlich Bedingungen und Preisgestaltung).
- (133) Die unter Randnummer (132) Buchstabe c angegebenen Informationen müssen so rechtzeitig vorgelegt werden, dass sie in den Angeboten anderer Betreiber effektiv berücksichtigt werden können, Fragen geklärt werden und fehlende Informationen nachgereicht werden können. Die Informationen müssen in jedem Fall mindestens zwei Monate vor Ablauf der Frist für die Einreichung des Angebots im wettbewerblichen Auswahlverfahren übermittelt werden.
- (134) Die Mitgliedstaaten können die NRB zur Angemessenheit der von den Betreibern vorgeschlagenen Bedingungen und Preise für die Nutzung der bestehenden Infrastruktur konsultieren, um zu ermitteln, ob die Bedingungen nicht übermäßig prohibitiv sind oder die Nutzung dieser Infrastruktur behindern könnten.

⁹² Erfolgt der Zugang zum bestehenden Netz über ein Produkt, das aufgrund regulatorischer Verpflichtungen zur Verfügung steht, so sind die Beschränkungen, die die Nutzung dieses regulierten Zugangsprodukts mit sich bringt, bei der Bewertung des Vorschlags im wettbewerblichen Auswahlverfahren zu berücksichtigen. Nur Bieter, die nicht Eigentümer des bestehenden regulierten Netzes sind und dieses nicht kontrollieren, dürfen in ihrem Angebot ein reguliertes Zugangsprodukt nutzen. Siehe Beschluss C(2016) 3208 final der Kommission vom 26. Mai 2016 in der Sache SA.40720 (2016/N) – Vereinigtes Königreich – Broadband Delivery UK (Breitbandversorgung im Vereinigten Königreich) (ABl. C 323 vom 2.9.2016, S. 2).

5.2.4.4 Zugang auf Vorleistungsebene

- (135) Der wirksame Zugang Dritter zu staatlich geförderten Netzen auf Vorleistungsebene ist unverzichtbarer Bestandteil einer jeden staatlichen Beihilfemaßnahme. Denn über den Zugang auf Vorleistungsebene können Drittbetreiber mit dem ausgewählten Bieter in Wettbewerb treten, sodass die Wahlmöglichkeiten und der Wettbewerb in den von der Maßnahme betroffenen Gebieten gestärkt werden und gleichzeitig die Entstehung regionaler Dienstleistungsmonopole vermieden wird. Somit wird die Entwicklung des Wettbewerbs im Zielgebiet ermöglicht, was wiederum die langfristige Entwicklung des Marktes in diesem Gebiet gewährleistet. Diese Voraussetzung gilt unabhängig von etwaigen vorherigen Marktanalysen im Sinne von Kapitel III der Richtlinie (EU) 2018/1972. Für staatlich geförderte Netze sollten die gleichen Arten von Verpflichtungen in Bezug auf den Zugang auf Vorleistungsebene auferlegt werden, die in der sektorspezifischen Regulierung vorgesehen sind. Beihilfeempfänger sollten jedoch eine größere Auswahl von Produkten für den Zugang auf Vorleistungsebene anbieten als von den NRB für Betreiber mit beträchtlicher Marktmacht vorgeschrieben, weil Beihilfeempfänger für den Netzausbau nicht nur ihre eigenen Ressourcen, sondern auch Steuergelder einsetzen. Der Zugang auf Vorleistungsebene sollte so früh wie möglich vor der Bereitstellung der jeweiligen Dienste und, wenn der Netzbetreiber auch beabsichtigt, Endkundendienste anzubieten, mindestens sechs Monate vor der Einführung von Endkundendiensten gewährt werden.
- (136) Das staatlich geförderte Netz muss allen Betreibern, die dies beantragen, einen wirksamen Zugang zu fairen und diskriminierungsfreien Bedingungen bieten. Dies kann erforderlichenfalls die Aufrüstung und den Ausbau der Kapazität bestehender Infrastruktur und den Aufbau ausreichender neuer Infrastruktur einschließen (z. B. Leerrohre, die groß genug sind, um eine ausreichende Anzahl von Netzen – mindestens jedoch drei – und verschiedene Netztopologien aufnehmen zu können)⁹³.

5.2.4.4.1 Vorleistungszugangsprodukte

5.2.4.4.1.1 In weißen und grauen Gebieten ausgebaute feste Zugangsnetze

- (137) Das staatlich geförderte Netz muss den Bitstromzugang, den virtuell entbündelten Zugang (VULA⁹⁴), den Zugang zu Straßenverteilerkästen, Pfählen/Masten/Türmen, Leerrohren und unbeschalteten Glasfaserleitungen⁹⁵ gewährleisten.

⁹³ Je nach Art der Maßnahme kann dies Folgendes umfassen: Ausreichend große Leerrohre, eine ausreichende Anzahl unbeschalteter Glasfaserleitungen, Art und Aufrüstung der Pfähle/Masten/Türme, Art und Größe der Straßenverteilerkästen für eine wirksame Entbündelung usw. Siehe Beschluss C(2016) 3208 final der Kommission vom 26. Mai 2016 in der Sache SA.40720 (2016/N) – Vereinigtes Königreich – Broadband Delivery UK (Breitbandversorgung im Vereinigten Königreich) (ABl. C 323 vom 2.9.2016, S. 2) und Beschluss C(2019) 8069 final der Kommission vom 15. November 2019 in der Sache SA.54472 (2019/N) – Irland – National Broadband Plan (Nationaler Breitbandplan) (ABl. C 7 vom 10.1.2020, S. 1).

⁹⁴ Um für eine staatliche Beihilfe in Betracht zu kommen, muss ein VULA-Produkt zuvor von der zuständigen NRB genehmigt worden sein.

⁹⁵ Betreiber von FWA-Netzen müssen Zugang zu ihrer physischen Infrastruktur gewähren. Dazu gehört auch, dass den Betreibern diskriminierungsfrei Zugang zu Masten/Türmen gewährt wird.

5.2.4.4.1.2 In schwarzen Gebieten ausgebaute feste Zugangsnetze mit höherer Upload-Geschwindigkeit

- (138) In schwarzen ultraschnellen Gebieten und für Netze mit höherer Upload-Geschwindigkeit (siehe Abschnitt 5.2.3.1.4) muss das staatlich geförderte Netz zusätzlich zu den bei weißen und grauen Flecken zu erfüllenden Anforderungen eine wirksame und vollständige physische Entbündelung gewährleisten.

5.2.4.4.1.3 Mobilfunk-Zugangsnetze

- (139) Bei Maßnahmen zur Förderung von Mobilfunk-Zugangsnetzen muss das staatlich geförderte Netz die breitestmögliche Palette von Zugangsprodukten auf Vorleistungsebene bieten⁹⁶, einschließlich Bitstromzugang, Zugang zu Pfählen/Masten/Türmen und, sobald verfügbar, die Zugangsprodukte, die erforderlich sind, um die fortschrittlichsten Leistungsmerkmale⁹⁷ von 5G und künftigen Generationen von Mobilfunknetzen⁹⁸ nutzen zu können. Ein effektiver Zugang kann auch den Zugang zu Komponenten des Netzes umfassen, die nicht staatlich gefördert wurden, aber notwendig sind, damit der Zugangsinteressent seine Dienste erbringen kann⁹⁹.

5.2.4.4.1.4 Backhaul-Netze

- (140) Bei Maßnahmen in Bezug auf Backhaul-Netze muss das staatlich geförderte Netz den Bitstromzugang und den Zugang zu Pfählen/Masten/Türmen, Leerrohren und unbeschalteten Glasfaserleitungen gewährleisten.
- (141) Das staatlich geförderte Netz muss allen Betreibern, die dies beantragen, einen wirksamen Zugang zu fairen und diskriminierungsfreien Bedingungen bieten. Im Einklang mit Randnummer (136) kann dies den Aufbau ausreichender neuer Infrastruktur implizieren (zum Beispiel Leerrohre, die groß genug sind, um eine ausreichende Menge unbeschalteter Glasfaserleitungen aufnehmen zu können, sodass der vorhersehbare Bedarf aller Betreiber auf dem Markt gedeckt werden kann).

5.2.4.4.2 Bedingungen für den Zugang auf Vorleistungsebene

- (142) In Bezug auf alle aktiven Produkte mit Ausnahme von VULA muss mindestens zehn Jahre lang ein wirksamer Zugang auf Vorleistungsebene gewährt werden.

⁹⁶ Auch den FWA-Zugangsinteressenten.

⁹⁷ Wie zum Beispiel Roaming, Multi-Operator Access Network (MORAN), Multi-Operator Core Network (MOCN), Network Slicing.

⁹⁸ Bei der Gewährung der Beihilfe müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die Masten und Türme ausreichend dimensioniert sind, um sicherzustellen, dass ein solcher Zugang gewährt werden kann.

⁹⁹ Ein effektiver Zugang bedeutet, dass der Zugangsinteressent in der Lage ist, Signale vom Mast/Turm in das Backhaul-Netz zu übertragen, an das der Mast/Turm angeschlossen ist.

- (143) Ein VULA-basierter Zugang muss für einen Zeitraum gewährt werden, der der Lebensdauer der passiven Infrastruktur entspricht, für das VULA als Ersatz dient¹⁰⁰.
- (144) Der Zugang zu neuer passiver Infrastruktur (wie zum Beispiel Leerrohre, Pfähle, Straßenverteilerkästen, unbeschaltete Glasfaserleitungen usw.) muss für die Lebensdauer des betreffenden Netzelements gewährt werden¹⁰¹. Wenn für neue passive Infrastruktur staatliche Beihilfen gewährt werden, muss die passive Infrastruktur groß genug für mindestens drei Netze und verschiedene Netztopologien sein¹⁰². Dies gilt unbeschadet ähnlicher regulatorischen Verpflichtungen, die eine nationale Regulierungsbehörde in einem bestimmten Markt zur Förderung eines wirksamen Wettbewerbs auferlegen kann, oder der Maßnahmen, die während des gleichen Zeitraums oder nach Ablauf des Zehnjahreszeitraums ergriffen werden.
- (145) Die Mitgliedstaaten müssen die NRB zu den Produkten, zu den Bedingungen und zur Preisgestaltung für den Zugang auf Vorleistungsebene konsultieren, und die NRB werden aufgefordert, entsprechende Leitlinien bereitzustellen, wie in Abschnitt 5.2.3.5 dargelegt.
- (146) Für das gesamte staatlich geförderte Netz müssen dieselben Zugangsbedingungen gelten, auch für die Teile des Netzes, in denen bestehende Infrastruktur genutzt wurde.¹⁰³ Die Verpflichtungen zur Zugangsgewährung müssen unabhängig von Änderungen der Eigentumsverhältnisse, der Verwaltung oder des Betriebs des staatlich geförderten Netzes durchgesetzt werden.
- (147) Der Beihilfeempfänger oder die Zugangsinteressenten, die an das staatlich geförderte Netz angeschlossen sind, dürfen das Netz unter Einsatz ihrer eigenen Mittel auf angrenzende Gebiete ausweiten. Angrenzende Gebiete sind als Gebiete außerhalb des Zielgebiets anzusehen. Zugangsinteressenten können Netzausbauvorhaben dieser Art auf der Grundlage der Bedingungen für den Zugang auf Vorleistungsebene durchführen. Wenn sie nicht mit dem Beihilfeempfänger verbunden sind, unterliegen ihre privaten Netzausbauvorhaben keinen Beschränkungen.
- (148) Bei der Durchführung einer öffentlichen Konsultation zu bestehenden oder geplanten Netzen im Zielgebiet (siehe Abschnitt 5.2.2.3) muss der Mitgliedstaat angeben, dass

¹⁰⁰ Da VULA als Ersatz für die physische Entbündelung einer neuen passiven Infrastruktur dient, gelten dieselben Regeln wie für neue passive Infrastruktur.

¹⁰¹ Siehe Beschluss C(2019) 8069 final der Kommission vom 15. November 2019 in der Sache SA.54472 (2019/N) – Irland – National Broadband Plan (Nationaler Breitbandplan) (ABl. C 7 vom 10.1.2020, S. 1). Beschließt der Beihilfeempfänger, die passive Infrastruktur vor Ablauf der Lebensdauer der geförderten Infrastruktur aufzurüsten oder zu ersetzen, so muss er während der gesamten Lebensdauer der ursprünglichen Infrastruktur weiterhin Zugang zu der neuen Infrastruktur gewähren.

¹⁰² Wenn beispielsweise neue Leerrohre verlegt werden, sollten diese so dimensioniert sein, dass sie mindestens drei eigenständige Kabel aufnehmen können, die jeweils zumindest von mehreren Betreibern genutzt werden können. Wenn die bestehende Infrastruktur Kapazitätsengpässe aufweist und nicht mindestens drei eigenständige Kabel aufnehmen kann, muss der Betreiber des staatlich geförderten Netzes den Zugangsinteressenten mindestens 50 % der vorhandenen Kapazität nach dem Windhundprinzip zur Verfügung stellen.

¹⁰³ So darf zum Beispiel die Nutzung des Zugangs auf Vorleistungsebene durch Dritte nicht auf die alleinige Erbringung von Breitbanddiensten für Endkunden beschränkt werden.

private Netzausbauvorhaben zu einem späteren Zeitpunkt zulässig sind, außer wenn interessierte Parteien in einem angrenzenden Gebiet solche Erweiterungen im Rahmen des öffentlichen Konsultationsverfahrens ablehnen.

- (149) Wenn die interessierten Parteien bei der Kartierung und der öffentlichen Konsultation nachweisen, dass der geplante Netzausbau in ein angrenzendes Gebiet führen soll, das bereits von mindestens zwei unabhängigen Netzen bedient wird, die eine ähnliche Geschwindigkeit bieten wie das staatlich geförderte Netz, oder dass es in dem angrenzenden Gebiet mindestens ein vergleichbares Netz gibt, das weniger als fünf Jahre vor dem staatlich geförderten Netz in Betrieb genommen wurde, darf der private Ausbau in dieses angrenzende Gebiet erst zwei Jahre nach Inbetriebnahme des staatlichen geförderten Netzes erfolgen¹⁰⁴.
- (150) Abweichend zu Abschnitt 5.2.4.4.1 können die Mitgliedstaaten unter bestimmten Umständen die Bereitstellung bestimmter Zugangsprodukte, die die Investitionskosten unverhältnismäßig erhöhen würden, ohne dass sich daraus nennenswerte Vorteile in Form eines verstärkten Wettbewerbs ergeben, auf die Fälle beschränken, in denen eine angemessene Nachfrage seitens eines Zugangsinteressenten besteht. Eine solche Ausnahme ist unter folgenden Voraussetzungen möglich:
- a) Bei dem betroffenen Gebiet handelt es sich um einen Landstrich mit geringer Bevölkerungsdichte, in dem es nur ein begrenztes Breitbandangebot gibt oder in dem die Beihilfeempfänger kleine lokale Unternehmen sind¹⁰⁵.
 - b) In dicht besiedelten Gebieten, in denen davon auszugehen ist, dass sich ein Infrastrukturwettbewerb entwickeln wird, kann der Zugang nicht auf der Grundlage einer angemessenen Nachfrage beschränkt werden; in diesen Gebieten sollte das staatlich geförderte Netz alle Arten von Netzzugangsprodukten bereitstellen.
 - c) Die Mitgliedstaaten müssen den unverhältnismäßigen Anstieg der Kosten für jedes betroffene Zugangsprodukt anhand detaillierter und objektiver Kostenkalkulationen nachweisen.
 - d) Die Nachfrage ist als angemessen anzusehen, wenn i) der Zugangsinteressent einen kohärenten Geschäftsplan vorlegt, der die Entwicklung des Produkts für das staatlich geförderte Netz rechtfertigt, und ii) in demselben geografischen Gebiet noch kein anderer Betreiber ein vergleichbares Netzzugangsprodukt zu ähnlichen Preisen wie in dichter besiedelten Gebieten anbietet¹⁰⁶.

¹⁰⁴ Diese Vorschriften gelten auch für Anschlüsse an staatlich geförderte Backhaul-Netze oder für ein staatlich gefördertes Mobilfunknetz, das anschließend in Gebieten, in denen bereits eine Festnetzversorgung besteht, für FWA genutzt wird.

¹⁰⁵ Siehe zum Beispiel Beschluss C(2011) 7285 final der Kommission vom 19. Oktober 2011 in der Sache N 330/2010 – Frankreich – Programme national „Très Haut Débit“ (Nationales Programm für Hochgeschwindigkeitsnetze) – Volet B (ABl. C 364 vom 14.12.2011, S. 2) und Beschluss C(2012) 8223 final der Kommission vom 20. November 2012 in der Sache SA.33671 (2012/N) – Vereinigtes Königreich – National Broadband scheme for the UK – Broadband Delivery UK (Nationale Breitbandregelung für das Vereinigte Königreich – Breitbandversorgung im Vereinigten Königreich) (ABl. C 16 vom 19.1.2013, S. 2).

¹⁰⁶ Andere Voraussetzungen können von der Kommission im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsanalyse akzeptiert werden, in der den Besonderheiten des Falls und der allgemeinen Abwägungsprüfung Rechnung

- e) Wenn ein Zugangsantrag die unter Randnummer (150) Buchstaben a bis d aufgeführten Voraussetzungen erfüllt, werden die zusätzlichen Kosten für die Gewährung dieses Zugangs vom Beihilfeempfänger getragen¹⁰⁷.

5.2.4.4.3 Preisgestaltung für den Zugang auf Vorleistungsebene

- (151) Bei der Festsetzung der Preise für Vorleistungszugangsprodukte müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass der Preis für den Zugang auf Vorleistungsebene für jedes Zugangsprodukt auf einer der folgenden Benchmarks und Preisgestaltungsgrundsätze beruht:
 - a) auf den durchschnittlichen veröffentlichten Vorleistungspreisen, die in anderen vergleichbaren, wettbewerbsintensiveren Gebieten des Mitgliedstaats oder der Union gelten, oder
 - b) in Ermangelung solcher veröffentlichter Preise auf den regulierten Preisen, die von der NRB für die betreffenden Märkte und Dienste bereits festgelegt oder genehmigt wurden, oder
 - c) in Ermangelung solcher veröffentlichter oder regulierter Preise auf Kostenorientierung oder dem gemäß dem sektoralen Rechtsrahmen vorgeschriebenen Verfahren.
- (152) Unbeschadet der Zuständigkeiten der NRB nach dem Rechtsrahmen sollte die NRB zu den Vorleistungszugangsprodukten und zu den Bedingungen für den Zugang auf Vorleistungsebene und auch zu den Preisen und den damit zusammenhängenden Streitigkeiten konsultiert werden, wie in Abschnitt 5.2.3.5 dargelegt.
- (153) Die Mitgliedstaaten müssen die Produkte für den Zugang auf Vorleistungsebene, die Bedingungen und Preise in den Ausschreibungsunterlagen angeben und diese Informationen auf einer umfassenden nationalen oder regionalen Website zu staatlichen Beihilfen veröffentlichen. Die Website sollte für die Öffentlichkeit uneingeschränkt zugänglich sein, ohne dass z. B. eine vorherige Anmeldung als Nutzer erforderlich ist.

5.2.4.5 Rückforderung (Claw-back)

- (154) Häufig wird der Beihilfebetrag für Maßnahmen zur Förderung des Ausbaus von Festnetzen und Mobilfunknetzen ex ante festgelegt, um die für die gesamte Laufzeit des Vorhabens erwartete Finanzierungslücke zu schließen.

getragen wird. Siehe zum Beispiel Beschluss C(2011) 7285 final der Kommission vom 19. Oktober 2011 in der Sache N 330/2010 – Frankreich – Programme national „Très Haut Débit“ (Nationales Programm für Hochgeschwindigkeitsnetze) – Volet B (ABl. C 364 vom 14.12.2011, S. 2) und Beschluss C(2012) 8223 final der Kommission vom 20. November 2012 in der Sache SA.33671 (2012/N) – Vereinigtes Königreich – National Broadband scheme for the UK – Broadband Delivery UK (Nationale Breitbandregelung für das Vereinigte Königreich – Breitbandversorgung im Vereinigten Königreich) (ABl. C 16 vom 19.1.2013, S. 2). Sind die Voraussetzungen erfüllt, so sollte der Zugang innerhalb einer auf dem betreffenden Markt üblichen Frist gewährt werden. In Streitfällen zieht die Bewilligungsbehörde die NRB oder andere zuständige nationale Stellen zu Rate.

¹⁰⁷ Zur Deckung dieser Zugangskosten dürfen keine zusätzlichen Beihilfen gewährt werden.

- (155) Da in diesem Fall künftige Kosten- und Ertragsentwicklungen in der Regel mit einer gewissen Unsicherheit behaftet sind, sollten die Mitgliedstaaten die Durchführung des Breitbandvorhabens während der gesamten Laufzeit des Vorhabens genau überwachen und einen Rückforderungsmechanismus vorsehen, der es ermöglicht, Informationen, die der Beihilfeempfänger bei der Beantragung der staatlichen Beihilfe in seinem ursprünglichen Geschäftsplan nicht berücksichtigt hat, gebührend Rechnung zu tragen. Zu den Faktoren, die sich auf die Rentabilität des Vorhabens auswirken können und die möglicherweise nur schwierig oder gar nicht mit hinreichender Genauigkeit ex ante ermittelt werden können, gehören beispielsweise: i) die tatsächlichen Kosten des Netzausbaus, ii) die tatsächlichen Einnahmen aus den Kerndienstleistungen, iii) die tatsächliche Nutzung der Dienste und iv) die tatsächlichen Einnahmen aus „Nicht-Kerndienstleistungen“¹⁰⁸.
- (156) Beträgt der Beihilfebetrug für das Vorhaben mehr als 5 Mio. EUR, so müssen die Mitgliedstaaten zumindest für die Dauer des Vorhabens einen Rückforderungsmechanismus einführen und seine Regeln ex ante transparent und eindeutig festlegen (auch in den Unterlagen für das wettbewerbliche Auswahlverfahren).
- (157) Eine Rückforderung ist nicht erforderlich, wenn das Vorhaben mithilfe des Direktinvestitionsmodells (siehe Anhang III) durchgeführt wird, bei dem ein öffentliches reines Vorleistungsnetz von der Behörde zu dem alleinigen Zweck aufgebaut und betrieben wird, allen Betreibern einen fairen und diskriminierungsfreien Zugang zu gewähren¹⁰⁹.
- (158) Da verschiedene Faktoren entweder positive oder negative Auswirkungen auf den Geschäftsplan des Beihilfeempfängers haben können, sollte der Rückforderungsmechanismus so ausgestaltet sein, dass die folgenden beiden Ziele berücksichtigt und gegeneinander abgewogen werden: i) Er sollte es dem Mitgliedstaat ermöglichen, Beträge zurückzufordern, die einen angemessenen Gewinn übersteigen¹¹⁰. ii) Er sollte nicht die Anreize für Betreiber gefährden, sich an einer

¹⁰⁸ So kann ein Rückforderungsmechanismus zur Rückforderung von Gewinnen beitragen, die höher ausfallen als realistischlicherweise erwartet, beispielsweise weil: i) eine unterwartet hohe Nutzung von Breitbandprodukten zu zusätzlichen Gewinnen und einer geringeren Investitionslücke führt oder ii) unterwartet hohe Einnahmen aus Nicht-Breitbandprodukten zu zusätzlichen Gewinnen und einer geringeren Investitionslücke führen (z. B. Einnahmen aus neuen Vorleistungszugangsprodukten). Siehe Beschluss C(2016) 3208 final der Kommission vom 26. Mai 2016 in der Sache SA.40720 (2016/N) – Vereinigtes Königreich – Broadband Delivery UK (Breitbandversorgung im Vereinigten Königreich) (ABl. C 323 vom 2.9.2016, S. 2).

¹⁰⁹ Ein Rückforderungsmechanismus kann auch für bestimmte Modelle des öffentlichen Eigentums geeignet sein, bei denen ein Rückforderungsmechanismus auf einem Ex-post-Kapitalwertvergleich der tatsächlichen Erträge des Begünstigten aus dem Projekt zum Vertragsende mit den prognostizierten Erträgen des Begünstigten aus dem im Vertrag enthaltenen Projektmodell beruhen kann. Siehe zum Beispiel Beschluss C(2016) 3208 final der Kommission vom 26. Mai 2016 in der Sache SA.40720 (2016/N) – Vereinigtes Königreich – Broadband Delivery UK (Breitbandversorgung im Vereinigten Königreich) (ABl. C 323 vom 2.9.2016, S. 2).

¹¹⁰ Unter einem angemessenen Gewinn ist die Kapitalrendite zu verstehen, die ein typisches Unternehmen unter Berücksichtigung des spezifischen Risikoniveaus des Breitbandsektors und der Art der erbrachten Dienste erzielen müsste. Die erforderliche Kapitalrendite wird in der Regel durch die gewichteten durchschnittlichen Kapitalkosten (WACC) bestimmt.

Ausschreibung zu beteiligen¹¹¹ und beim Ausbau des Netzes Kostenvorteile (Effizienzgewinne) anzustreben. Um ein angemessenes Gleichgewicht zwischen diesen beiden Zielen zu erreichen, sollten die Mitgliedstaaten Anreizkriterien für Steigerungen der Produktionseffizienz einführen¹¹².

- (159) Der Anreizbetrag muss auf höchstens 30 % des angemessenen Gewinns festgesetzt werden. Einen zusätzlichen Gewinn, der unter diesem Schwellenwert liegt (d. h. einen um den Anreizbetrag erhöhten angemessenen Gewinn¹¹³), sollten die Mitgliedstaaten nicht zurückfordern. Jeder über den Schwellenwert von 30 % hinausgehende Gewinn muss zwischen dem Beihilfeempfänger und dem Mitgliedstaat auf der Grundlage der Beihilfeintensität aufgeteilt werden, die sich aus dem Ergebnis des wettbewerblichen Auswahlverfahrens ergibt¹¹⁴.
- (160) Bei Rückforderungsmechanismen müssen auch Gewinne aus anderen Transaktionen im Zusammenhang mit dem staatlich geförderten Netz berücksichtigt werden. Wenn beispielsweise ein Unternehmen eigens für den Aufbau und/oder den Betrieb des staatlich geförderten Netzes gegründet wird und ein bestehender Anteilseigner dieses Unternehmens dann seine Anteile an dem Unternehmen innerhalb von sieben Jahren nach Fertigstellung des Netzes oder innerhalb von zehn Jahren nach Vergabe des Zuschlags ganz oder teilweise verkauft, muss der Mitgliedstaat den Betrag zurückfordern, um den der Verkaufserlös den Preis übersteigt, zu dem der derzeitige Anteilseigner einen angemessenen Gewinn erzielen würde¹¹⁵.
- (161) Zurückgeforderte Beträge müssen auf jeden Fall an den Mitgliedstaat zurückgezahlt werden. Die Mitgliedstaaten können beschließen, die zurückgeforderten Beträge zu denselben Bedingungen wie bei der ursprünglichen staatlichen Beihilfemaßnahme wieder in den Ausbau des Netzes zu investieren (zum Beispiel zur Finanzierung neuer Vorhaben im Rahmen einer genehmigten staatlichen Beihilferegulung).

¹¹¹ Die Teilnahme an einer Ausschreibung hängt von den erwarteten Gewinnen und Verlusten ab. Verluste können beispielsweise entstehen, wenn der Betreiber im Hinblick auf die erwarteten künftigen Einnahmen aus der Bereitstellung von Breitbanddiensten zu optimistisch war oder wenn unerwartete Kosten auftreten. Da die Beihilfebewilligungsbehörde unerwartete Verluste nicht erstattet, kann ein restriktiver Rückforderungsmechanismus für künftige Gewinne das Gesamtrisiko für den Investor erhöhen und ihn von einer Teilnahme an der Ausschreibung abhalten.

¹¹² Effizienzgewinne dürfen sich nicht negativ auf die Qualität der erbrachten Dienstleistungen auswirken.

¹¹³ Bei einem angemessenen Gewinn von 10 % würde sich der Anreizbetrag auf 3 % belaufen. Einen Gewinn von weniger als 13 % fordern die Mitgliedstaaten nicht zurück.

¹¹⁴ Liegt der tatsächliche Gewinn zum Beispiel bei 20 % und der angemessene Gewinn bei 10 %, dann beträgt der Anreizbetrag 3 %. Die Beihilfeintensität beträgt 70 %. Einen Gewinn von weniger als 13 % fordern die Mitgliedstaaten nicht zurück. Von 13 % bis 20 % wird der Gewinn wie folgt aufgeteilt: 70 % gehen an den Mitgliedstaat und 30 % an den Breitbandinvestor.

¹¹⁵ Angenommen, ein Anteilseigner hält 20 % der Anteile des subventionierten Unternehmens, dessen (auf der Grundlage von Fußnote 114 kalkulierter) angemessener Gewinn 10 % beträgt. Der Kapitalwert (Net Present Value, NPV) des Unternehmens belaufe sich bei einem Abzinsungssatz von 10 % auf X. Wenn der Anteilseigner seine Anteile zu Y verkauft, fordert der Mitgliedstaat von dem Anteilseigner $Y - 20 \% \cdot X$ zurück.

5.2.4.6 Getrennte Buchführung

- (162) Um zu gewährleisten, dass die Beihilfe verhältnismäßig bleibt und nicht zu einer Überkompensierung oder Quersubventionierung nicht geförderter Tätigkeiten führt, muss der Beihilfeempfänger eine getrennte Buchführung zwischen den für den Bau und den Betrieb des Netzes verwendeten Mitteln und anderen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln sicherstellen.

5.2.4.7 Transparenz der Beihilfe

- (163) Die Mitgliedstaaten müssen die in Abschnitt 7 festgelegten Anforderungen erfüllen.

5.2.5 *Negative Auswirkungen auf Wettbewerb und Handel*

- (164) Beihilfen für den Ausbau von Festnetzen und Mobilfunknetzen können negative Auswirkungen in Form von Marktverzerrungen und Auswirkungen auf den Handel zwischen Mitgliedstaaten haben.
- (165) Die Kommission bewertet die Bedeutung der Verzerrung des Wettbewerbs und der Auswirkungen auf den Handel mit Blick auf die Auswirkungen auf die Wettbewerber. Wenn Wettbewerber sehen, dass die Rentabilität ihrer früheren Investitionen aufgrund der Beihilfe sinkt, können sie beschließen, ihre eigenen künftigen Investitionen zu verringern, sich ganz aus dem Markt zurückzuziehen oder nicht in einen neuen Markt oder ein neues geografisches Gebiet einzusteigen¹¹⁶. Die öffentliche Förderung kann auch lokale Dienstleister dazu anregen, die vom staatlich geförderten Netz angebotenen Dienste in Anspruch zu nehmen, anstatt andere Marktlösungen zu nutzen. Handelt es sich bei dem Beihilfeempfänger außerdem wahrscheinlich um ein Unternehmen, das auf einem Markt bereits eine beherrschende Stellung innehat oder aufgrund der öffentlichen Investition eine marktbeherrschende Stellung erlangen könnte, könnte die Beihilfemaßnahme dazu führen, dass seine Wettbewerber weniger Wettbewerbsdruck ausüben können. Selbst wenn die Wettbewerbsverzerrungen einzeln betrachtet als begrenzt angesehen werden können, können Beihilferegelungen kumulativ betrachtet dennoch zu starken Verzerrungen führen.

5.2.6 *Abwägung der positiven Auswirkungen der Beihilfe gegen die negativen Auswirkungen auf Wettbewerb und Handel*

- (166) Die Kommission wird die positiven Auswirkungen der geplanten Beihilfemaßnahme auf die geförderten Wirtschaftstätigkeiten gegen die festgestellten negativen Auswirkungen auf den Wettbewerb und die Handelsbedingungen abwägen. Damit eine Beihilfe mit dem Binnenmarkt vereinbar ist, müssen die positiven Auswirkungen der Beihilfemaßnahme die negativen Auswirkungen überwiegen.
- (167) Zunächst bewertet die Kommission die positiven Auswirkungen der Beihilfemaßnahme auf die geförderten Wirtschaftstätigkeiten, einschließlich ihres Beitrags zur Erreichung der Ziele der Digitalpolitik. Der Mitgliedstaat muss anhand einer kontrafaktischen Analyse nachweisen, dass die Maßnahme positive Auswirkungen im Vergleich zu der Situation ohne Beihilfe hat. Wie in Abschnitt 5.2.1 dargelegt, kann zu den positiven Auswirkungen auch die Erreichung der angestrebten

¹¹⁶ Diese Art von Wirkung kann als „Verdrängungseffekt“ bezeichnet werden.

Ziele gehören, wie zum Beispiel der Aufbau eines neuen Netzes, das für zusätzliche Kapazitäten und höhere Geschwindigkeiten, für niedrigere Preise und eine bessere Auswahl für die Verbraucher sowie für höhere Qualität und Innovation auf dem Markt sorgt. Dadurch würde sich auch der Zugang der Endnutzer zu Onlinere Ressourcen verbessern, was wiederum in Verbindung mit einem höheren Verbraucherschutz in diesem Bereich die Nachfrage anregen dürfte. Dies würde zur Vollendung des digitalen Binnenmarkts beitragen und Vorteile für die gesamte Wirtschaft der Union bieten.

- (168) Zusätzlich kann die Kommission gegebenenfalls auch berücksichtigen, ob die Beihilfe andere positive Effekte hervorbringt, zum Beispiel eine Verbesserung der Energieeffizienz des Netzbetriebs. Wenn sich diese anderen positiven Effekte mit den strategischen Zielen der Union decken, wie zum Beispiel mit dem europäischen Grünen Deal, dann kann auch davon ausgegangen werden, dass auf diese Strategien der Union abgestimmte Beihilfen diese breiteren positiven Auswirkungen erzielen werden.
- (169) Zweitens prüft die Kommission, ob etwaige negative Auswirkungen auf das erforderliche Minimum beschränkt sind. Die Mitgliedstaaten müssen nachweisen, dass die negativen Auswirkungen auf das erforderliche Minimum beschränkt sind. Sie sollten Folgendes berücksichtigen: die Notwendigkeit, Geeignetheit und Verhältnismäßigkeit der Beihilfemaßnahme (Abschnitte 5.2.2 bis 5.2.4) und beispielsweise die Größe der Vorhaben, die individuellen und kumulativen Beihilfebeträge, die erwarteten Beihilfeempfänger (zum Beispiel, ob der Beihilfeempfänger über beträchtliche Marktmacht verfügt) sowie die Merkmale der Zielgebiete (zum Beispiel die Anzahl leistungsfähiger Netze, die in einem bestimmten Gebiet vorhanden oder glaubwürdig geplant sind). Um es der Kommission zu ermöglichen, die wahrscheinlichen negativen Auswirkungen zu bewerten, werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, der Kommission alle ihnen zur Verfügung stehenden Folgenabschätzungen sowie zu ähnlichen Vorgängerregelungen durchgeführte Ex-post-Evaluierungen vorzulegen.
- (170) Die Kommission wird eine Beihilfemaßnahme nur dann als mit dem Binnenmarkt vereinbar ansehen, wenn ihre positiven Auswirkungen die negativen Auswirkungen auf Wettbewerb und Handel überwiegen. In Fällen, in denen die geplante Beihilfemaßnahme einem eindeutig festgestellten Marktversagen nicht angemessen und verhältnismäßig entgegenwirkt, werden die negativen, wettbewerbsverzerrenden Auswirkungen wahrscheinlich die positiven Auswirkungen der Maßnahme überwiegen. Die Kommission wird daher wahrscheinlich zu dem Schluss kommen, dass die geplante Beihilfemaßnahme mit dem Binnenmarkt unvereinbar ist.

6 VEREINBARKEITSPRÜFUNG IN BEZUG AUF ANREIZE ZUR BREITBANDNUTZUNG

- (171) Die Verfügbarkeit eines elektronischen Kommunikationsnetzes ist zwar Voraussetzung für die Möglichkeit, einen Vertrag über die Nutzung von Internetzugangsdiensten abzuschließen, doch könnte dies in einigen Fällen nicht ausreichen, um sicherzustellen, dass insbesondere die unter den Randnummern (52) und (63) genannten Bedürfnisse der Endnutzer befriedigt werden und die Vorteile für die Gesellschaft als Ganzes tatsächlich eintreten werden.

- (172) Dies kann an der relativ geringen Bereitschaft der Endnutzer liegen, einen Vertrag über die Nutzung von Internetzugangsdiensten zu schließen. Diese geringe Bereitschaft kann auf verschiedene Gründe zurückzuführen sein – unter anderem auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der den Endnutzern entstehenden Kosten für die Nutzung der elektronischen Kommunikationsdienste im Allgemeinen oder für bestimmte Kategorien von Endnutzern in prekären Situationen im Besonderen – oder auch auf falsche Vorstellungen darüber, welche Vorteile ein Vertrag über die Nutzung von Breitbanddiensten mit sich bringen wird.
- (173) Anreize zur Breitbandnutzung wie zum Beispiel Gutscheine können nützlich sein, um ein spezifisches Marktversagen bei der Inanspruchnahme der verfügbaren elektronischen Kommunikationsdienste zu beheben. Ein flächendeckender und erschwinglicher Zugang zum Breitbandnetz hat positive externe Effekte, da er Wachstum und Innovation in allen Wirtschaftszweigen beschleunigen kann. Kann ein erschwinglicher Zugang zu geeigneten elektronischen Kommunikationsdiensten, beispielsweise aufgrund hoher Endkundenpreise, nicht gewährleistet werden, so können staatliche Beihilfen dazu beitragen, ein solches Marktversagen zu beheben. In solchen Fällen kann die Gewährung staatlicher Beihilfen zu positiven Effekten führen, und die Gesamteffizienz kann verbessert werden.
- (174) Gutscheinregelungen zielen darauf ab, die Inanspruchnahme von Breitbanddiensten (Vertragsabschluss) zu erhöhen oder unter bestimmten Umständen Anreize für die Endnutzer zu schaffen, ihren Vertrag für Festnetz- oder Mobilfunkdienste aufrechtzuerhalten.
- (175) Die Gutscheine zielen darauf ab, die Kosten für die Endnutzer zu senken (zum Beispiel verringerte Einrichtungskosten und reduzierte monatliche Gebühren in der Anfangszeit). Sie können für den Abschluss eines Vertrags über neue Festnetz- oder Mobilfunkdienste oder für ein Upgrade eines bestehenden Vertrags, d. h. eine Erweiterung um zusätzliche bzw. bessere Leistungsmerkmale, genutzt werden.
- (176) Gutscheine stellen keine Beihilfe für Endnutzer, einschließlich einzelner Verbraucher, dar, wenn letztere keine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, die in den Anwendungsbereich des Artikels 107 Absatz 1 AEUV fällt. Gutscheine können eine Beihilfe für Endnutzer darstellen, wenn letztere eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, die in den Anwendungsbereich des Artikels 107 Absatz 1 AEUV fällt. In den meisten Fällen könnte es sich jedoch angesichts des begrenzten Werts der Gutscheine um eine De-minimis-Beihilfe handeln.
- (177) Die bisherige Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union bestätigt, dass ein Vorteil, der bestimmten Endnutzern, wie zum Beispiel einzelnen Verbrauchern, gewährt wird, die keine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, auch auf einen Vorteil hinauslaufen kann, der bestimmten anderen Unternehmen gewährt wird und der eine staatliche Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 AEUV darstellen kann¹¹⁷. Bei diesen anderen Unternehmen kann es sich um Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze oder um andere Unternehmen handeln, bei denen die Gutscheine eingelöst werden können.

¹¹⁷ Urteil des Gerichts vom 4. März 2009, Italien/Kommission, T-424/05, ECLI:EU:C:2007:367, Rn. 108; Urteil des Gerichtshofs vom 28. Juli 2011, Mediaset/Kommission, C-403/10 P, ECLI:EU:C:2011:533, Rn. 81.

- (178) Gutscheine können Anbietern elektronischer Kommunikationsdienste, die Dienste für Endnutzer anbieten (und in einigen Fällen auch Netzbetreibern) einen Vorteil verschaffen, da diese dadurch in die Lage versetzt werden, einer größeren Zahl von Endnutzern Dienste über bestehende elektronische Kommunikationsnetze anzubieten, wodurch ihre Marktposition gestärkt wird¹¹⁸. Anbieter und Betreiber elektronischer Kommunikationsdienste sind Unternehmen und unterliegen der Beihilfenkontrolle, wenn der Vorteil, der ihnen entsteht, über der Geringfügigkeitsschwelle liegt.

6.1 Sozialgutscheine

- (179) Mit Sozialgutscheinen sollen bestimmte einzelne Verbraucher dabei unterstützt werden, Festnetz- oder Mobilfunkdienste neu oder weiterhin in Anspruch zu nehmen. Solche Sozialgutscheine können auf der Grundlage des Artikels 107 Absatz 2 Buchstabe a AEUV als „Beihilfen sozialer Art an einzelne Verbraucher, wenn sie ohne Diskriminierung nach der Herkunft der Waren gewährt werden“¹¹⁹ für mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen werden.
- (180) Um mit Artikel 107 Absatz 2 Buchstabe a AEUV vereinbar zu sein, müssen diese Gutscheine einen sozialen Charakter haben und bestimmten Kategorien einzelner Verbraucher vorbehalten sein (d. h. Unternehmen sind nicht förderfähig), deren finanzielle Lage die Zahlung einer Beihilfe aus sozialen Gründen rechtfertigt (zum Beispiel Familien mit niedrigerem Einkommen, Studierende, Schüler usw.), um es ihnen beispielsweise zu ermöglichen, einen Festnetz- oder Mobilfunkvertrag zu schließen oder aufrechtzuerhalten, damit sie Fernunterricht, Telearbeitsmöglichkeiten usw. nutzen können.
- (181) Die nationalen Vorschriften können verschiedene Durchführungsmodalitäten vorsehen. So kann die Gutscheinregelung beispielsweise direkte Zahlungen an die Endnutzer oder an den von den Endnutzern gewählten Diensteanbieter vorsehen.
- (182) Förderfähige Kosten können die monatliche Gebühr, die Standard¹²⁰-Einrichtungskosten und die Kosten des Erwerbs der für den Internetzugang erforderlichen Endgeräte (Modem/Router) des Endnutzers sein.
- (183) Die Gutscheine dürfen nur eingesetzt werden, um Verträge über neue Festnetz- oder Mobilfunkdienste zu schließen oder bestehende aufrechtzuerhalten. Gutscheine dürfen nicht für den Wechsel zu einem anderen Anbieter gewährt werden, der die gleiche Dienstqualität bietet; damit soll das Risiko opportunistischer Verhaltensweisen begrenzt werden, die nicht mit dem sozialen Ziel der Gutscheine im Einklang stehen. Gutscheine dürfen nicht für ein Upgrade (d. h. eine Erweiterung um zusätzliche bzw. bessere Leistungsmerkmale) bestehender Festnetz- oder Mobilfunkverträge eingesetzt

¹¹⁸ Unbeschadet der beihilferechtlichen Würdigung von auf nationaler Ebene ergriffenen Maßnahmen zur Erfüllung der Universaldienstverpflichtungen des Rechtsrahmens der Union für die elektronische Kommunikation (Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36)).

¹¹⁹ Siehe Beschluss C(2020) 8441 final der Kommission vom 4. Dezember 2020 in der Sache SA.57357 (2020/N) – Griechenland – Breitband-Gutscheinregelung für Studierende (ABl. C 41 vom 5.2.2021, S. 4).

¹²⁰ Standardkosten sind die Kosten, die für alle Endnutzer unabhängig von ihrer spezifischen Situation gelten.

werden, außer wenn eindeutig nachgewiesen werden kann, dass die Leistungsmerkmale der derzeitigen Verträge nicht in der Lage sind, den angemessenen Mindestbedarf der Endnutzer zu decken.

- (184) Die Anforderung, jegliche Diskriminierung aufgrund des Ursprungs der Produkte zu vermeiden, wird durch die Einhaltung des Grundsatzes der Technologieneutralität erfüllt. Die Endnutzer müssen mit ihrem Gutschein die förderfähigen Festnetz- oder Mobilfunkdienste von jedem Anbieter beziehen können, der in der Lage ist, diese Dienste zu erbringen, und zwar unabhängig von der für die Erbringung des Dienstes verwendeten Technologie. Die Maßnahme muss die Gleichbehandlung aller potenziellen Dienstleister gewährleisten und den Endverbrauchern eine möglichst breite Auswahl an Anbietern zur Verfügung stellen. Zu diesem Zweck muss der Mitgliedstaat ein Onlineregister aller infrage kommenden Diensteanbieter einrichten oder die Offenheit, die Transparenz und den diskriminierungsfreien Charakter der Maßnahme anhand eines gleichwertigen alternativen Verfahrens gewährleisten. Die Endnutzer müssen das Onlineregister konsultieren können, um sich über alle Betreiber zu informieren, die in der Lage sind, die förderfähigen Dienste bereitzustellen. Alle Anbieter, die in der Lage sind, die förderfähigen Festnetz- oder Mobilfunkdienste zu erbringen, müssen die Möglichkeit haben, auf der Grundlage objektiver und transparenter Kriterien (zum Beispiel die Fähigkeit, die Mindestanforderungen für die Erbringung der förderfähigen Festnetz- oder Mobilfunkdienste zu erfüllen) in das Onlineregister aufgenommen zu werden. Das Onlineregister kann auch zur Unterstützung der Endnutzer zusätzliche Informationen bereitstellen, wie etwa die Art des Dienstes, der von den verschiedenen Betreibern bereitgestellt wird.
- (185) Sozialgutschein-Regelungen müssen auf einen angemessenen Zeitraum von höchstens drei Jahren befristet sein.
- (186) Die Mitgliedstaaten können zusätzliche Vorkehrungen treffen, um übermäßige Wettbewerbsverzerrungen und einen möglichen Missbrauch von Gutscheinen durch Endnutzer oder Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze zu vermeiden. Es können zusätzliche Vorkehrungen erforderlich sein, um sicherzustellen, dass die Gutscheine nicht eingesetzt werden, um Festnetz- oder Mobilfunk-Internetzugangsdienste zu beziehen, wenn ein anderes Mitglied desselben Haushalts bereits einen Vertrag geschlossen hat, der eine angemessene Versorgung gewährleistet.
- (187) Darüber hinaus müssen die Mitgliedstaaten die in Abschnitt 7 festgelegten Anforderungen in Bezug auf Transparenz, Berichterstattung und Monitoring erfüllen.

6.2 Konnektivitätsgutscheine

- (188) Konnektivitätsgutscheine können für breiter angelegte Kategorien von Endnutzern konzipiert werden (zum Beispiel Gutscheine für alle Bürger oder bestimmte Unternehmen wie KMU), um die Nutzung von Festnetz- oder Mobilfunkdiensten zu fördern und so zur Entwicklung eines Wirtschaftszweigs beizutragen. Diese Maßnahmen können auf der Grundlage des Artikels 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt werden.
- (189) Die Kommission wird solche Maßnahmen als mit dem Binnenmarkt vereinbar ansehen, wenn sie zur Entwicklung eines Wirtschaftszweigs beitragen (erste

Voraussetzung), ohne die Handelsbedingungen in einer Weise zu verändern, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft (zweite Voraussetzung).

6.2.1 Erste Voraussetzung

- (190) Die Kommission ist der Auffassung, dass Gutscheinregelungen, die die Nutzung von Festnetz- oder Mobilfunkdiensten wirksam erleichtern, die Entwicklung einer Reihe von Wirtschaftszweigen dadurch fördern können, dass sie die Anbindung und den Zugang zu Internetzugangsdiensten verbessern.
- (191) Um einen Anreizeffekt zu gewährleisten, darf der Gutschein nur bis zu 50 % der beihilfefähigen Kosten abdecken. Förderfähige Kosten können die monatliche Gebühr, die Standard-Einrichtungskosten und die Kosten des Erwerbs der für den Internetzugang erforderlichen Endgeräte (Modem/Router) des Endnutzers sein. Die Kosten für die gebäudeinterne Verkabelung und einen begrenzten Ausbau auf dem Privatgrundstück des Endnutzers oder auf einem öffentlichen Grundstück in unmittelbarer Nähe des Privatgrundstücks des Endnutzers können ebenfalls förderfähig sein, soweit sie zur Bereitstellung des Dienstes notwendig sind bzw. dazugehören.
- (192) Die nationalen Vorschriften können verschiedene Durchführungsmodalitäten vorsehen. So kann die Gutscheinregelung beispielsweise direkte Zahlungen an die Endnutzer oder an den von den Endnutzern gewählten Diensteanbieter vorsehen.
- (193) Wenn eine staatliche Beihilfemaßnahme, die mit ihr verbundenen Bedingungen (einschließlich der Finanzierungsmethode, falls diese Methode fester Bestandteil der Maßnahme ist) oder die damit geförderte Tätigkeit zu einem Verstoß gegen eine Bestimmung oder gegen allgemeine Grundsätze des Unionsrechts führen, kann die Beihilfe nicht für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt werden¹²¹.

6.2.2 Zweite Voraussetzung

- (194) Staatliche Beihilfen sollten nur dann gewährt werden, wenn sie eine wesentliche Verbesserung bewirken können, die der Markt allein nicht herbeiführen kann, das heißt in Fällen, in denen ein Marktversagen in Bezug auf die Inanspruchnahme der Dienste vorliegt. Wenn beispielsweise staatliche Beihilfen für die Inanspruchnahme von elektronischen Festnetz- und Mobilfunk-Kommunikationsdiensten nicht auf ein Marktversagen in Bezug auf die Inanspruchnahme abzielen (zum Beispiel wenn Gutscheine missbräuchlich zur Förderung des Ausbaus eingesetzt werden anstatt zur Förderung der Nachfrage) oder die Technologieneutralität nicht gewahrt wird, wären Beihilfen in Form von Gutscheinen kein geeignetes politisches Instrument, und die Maßnahme könnte die Investitionsbedingungen verändern und zu Verzerrungen führen, die dem reibungslosen Funktionieren der betreffenden Märkte abträglich sind. In diesen Fällen bestünde die Gefahr, dass Beihilfen in Form von Gutscheinen die Handelsbedingungen in einer Weise verändern, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft, sodass die Beihilfemaßnahme für Konnektivitätsgutscheine nicht für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt werden könnte.

¹²¹ Urteil des Gerichtshofs vom 22. September 2020, Österreich/Kommission, C-594/18 P, EU:C:2020:742, Rn. 44.

- (195) Gutscheine können erforderlich sein, um den Abschluss eines Vertrags über einen neuen Dienst oder ein Upgrade eines bestehenden Vertrags (d. h. eine Erweiterung um zusätzliche bzw. bessere Leistungsmerkmale) zu unterstützen. Gutscheine dürfen nur dann für ein Upgrade eines bestehenden Festnetz- oder Mobilfunkvertrags eingesetzt werden, wenn dadurch der Wettbewerb auf der Endkunden- und Vorleistungsebene nicht übermäßig verzerrt wird.
- (196) Die Kommission ist der Auffassung, dass Konnektivitätsgutscheine, die technologieneutral sind, auch verhältnismäßig sind, da sie es den Endnutzern ermöglichen, unabhängig von der zur Erbringung der Dienstleistung verwendeten Technologie die Dienste mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis von jedem Anbieter zu beziehen, der in der Lage ist, diese zu erbringen. Darüber hinaus können solche Maßnahmen die negativen Auswirkungen der Beihilfe auf den Wettbewerb begrenzen, wenn sie die Gleichbehandlung aller potenziellen Diensteanbieter gewährleisten und den Endnutzern die größtmögliche Auswahl an Anbietern bieten. Zu diesem Zweck muss der Mitgliedstaat ein Onlineregister aller infrage kommenden Diensteanbieter einrichten oder die Offenheit, die Transparenz und den diskriminierungsfreien Charakter der Maßnahme anhand eines gleichwertigen alternativen Verfahrens gewährleisten. Die Endnutzer müssen die Möglichkeit haben, sich auf diese Weise über alle Betreiber zu informieren, die in der Lage sind, die förderfähigen Dienste bereitzustellen. Alle Anbieter, die in der Lage sind, die förderfähigen Dienste zu erbringen, müssen die Möglichkeit haben, ihre Aufnahme in das Onlineregister oder ihre Berücksichtigung in einem anderen, von dem Mitgliedstaat auf der Grundlage objektiver Kriterien gewählten Verfahren (zum Beispiel in Bezug auf die Fähigkeit, die Mindestanforderungen für die Bereitstellung der förderfähigen Festnetz- oder Mobilfunkdienste zu erfüllen) zu beantragen. Das Onlineregister (oder das gewählte alternative Verfahren) kann auch zur Unterstützung der Endnutzer zusätzliche Informationen bereitstellen, wie etwa die Art des Dienstes, der von den verschiedenen Betreibern bereitgestellt wird.
- (197) Konnektivitätsgutscheine dürfen den Endnutzern nur in Gebieten zur Verfügung gestellt werden, in denen mindestens ein bestehendes Netz¹²² in der Lage ist, die förderfähigen Dienste bereitzustellen, was durch Kartierung und eine öffentliche Konsultation überprüft werden muss. Die Kartierung und die öffentliche Konsultation müssen die Laufzeit der Gutscheinregelung abdecken und gemäß Abschnitt 5.2.2.4.1 bzw. 5.2.2.4.2 durchgeführt werden. In der öffentlichen Konsultation müssen die interessierten Parteien aufgefordert werden, zu den Hauptmerkmalen der Maßnahme Stellung zu nehmen, und nicht nur zur Verfügbarkeit von Netzen in den Zielgebieten.
- (198) Die Mitgliedstaaten müssen die Risiken einer möglichen übermäßigen Wettbewerbsverzerrung durch die Gutscheinregelungen begrenzen. Die Beihilfe kann nur dann mit dem Binnenmarkt vereinbar sein, wenn die Mitgliedstaaten eine Marktanalyse durchführen, um die in dem Gebiet tätigen förderfähigen Anbieter zu ermitteln und Informationen zur Berechnung ihres Marktanteils einzuholen. Die Marktanalyse muss darauf abzielen festzustellen, ob die Gutscheinregelung einigen Anbietern – zulasten anderer – einen unverhältnismäßigen Vorteil verschaffen kann und dadurch möglicherweise eine (lokale) Marktbeherrschung noch verstärkt. Die

¹²² Eine Gutscheinmaßnahme zur Steigerung der Nutzung des künftigen Netzes kann in die Beihilfemaßnahme für das Netz mit aufgenommen werden.

Marktanalyse muss auch darauf abzielen festzustellen, ob die Umsetzung einer Gutscheinregelung tatsächlich notwendig ist, indem die Situation in dem/den Interventionsgebiet(en) mit der Situation in anderen Gebieten des Mitgliedstaats oder der Union verglichen wird. Auch die Trends bei der Inanspruchnahme der Dienste durch die Endnutzer können bewertet werden, um festzustellen, ob die Umsetzung der Gutscheinregelung sinnvoll ist.

- (199) Wenn der Betreiber vertikal integriert ist und einen Endkundenmarktanteil von mehr als 25 % innehat, muss dieser Anbieter, um in die Gutscheinregelung aufgenommen werden zu können, jedem Anbieter elektronischer Kommunikationsdienste auf dem entsprechenden Vorleistungszugangsmarkt mindestens ein Vorleistungszugangsprodukt anbieten, das gewährleisten kann, dass der Zugangsinteressent die förderfähigen Dienste zu offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Bedingungen zuverlässig bereitstellen kann. Der Preis für den Zugang auf Vorleistungsebene muss gemäß Abschnitt 5.2.4.4.3 festgesetzt werden.
- (200) Es wird davon ausgegangen, dass Konnektivitätsgutschein-Regelungen nur begrenzte negative Auswirkungen auf den Wettbewerb haben werden, wenn sie zeitlich auf einen angemessenen Zeitraum von höchstens zwei Jahren befristet sind.
- (201) Darüber hinaus müssen die Mitgliedstaaten die in Abschnitt 7 festgelegten Anforderungen in Bezug auf Transparenz, Berichterstattung und Monitoring erfüllen.

7 TRANSPARENZ, BERICHTERSTATTUNG, MONITORING

7.1 Transparenz

- (202) Die Mitgliedstaaten müssen die folgenden Informationen in der Transparenzdatenbank (Transparency Award Module)¹²³ der Kommission oder auf einer umfassenden nationalen oder regionalen Website zu staatlichen Beihilfen veröffentlichen:
- a) den vollständigen Wortlaut des Beschlusses über die Genehmigung der Beihilferegulierung oder der Einzelbeihilfe und der Durchführungsbestimmungen oder einen Link zu diesen Dokumenten;
 - b) die in Anhang IV angegebenen Informationen zu jeder Einzelbeihilfe von mehr als 100 000 EUR.
- (203) Die unter Randnummer (202) Buchstabe b genannten Informationen sind innerhalb von sechs Monaten ab dem Tag der Gewährung der Beihilfe bzw. bei Beihilfen in Form von Steuervergünstigungen innerhalb eines Jahres ab dem Abgabetermin für die Steuererklärung zu veröffentlichen¹²⁴.
- (204) Die Mitgliedstaaten müssen ihre unter Randnummer (202) genannten umfassenden Websites zu staatlichen Beihilfen so gestalten, dass die Informationen leicht

¹²³ „Öffentliche Suche in der Beihilfentransparenzdatenbank“ über die folgende Website: <https://webgate.ec.europa.eu/competition/transparency/public?lang=de>.

¹²⁴ Besteht keine förmliche Verpflichtung zur Abgabe einer jährlichen Erklärung, so gilt zu Eingabebezwecken der 31. Dezember des Jahres, für das die Beihilfe gewährt wurde, als Tag der Gewährung.

zugänglich sind. Bei rechtswidrigen Beihilfen, die im Nachhinein für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt werden, müssen die Mitgliedstaaten die Informationen innerhalb von sechs Monaten ab dem Datum des Genehmigungsbeschlusses der Kommission veröffentlichen.

- (205) Mit Blick auf die Durchsetzung der Beihilfavorschriften auf der Grundlage des AEUV müssen die Informationen ab dem Tag der Gewährung der Beihilfe mindestens 10 Jahre lang zur Verfügung stehen. Die Informationen müssen in einem nichtproprietären Tabellenkalkulationsformat (zum Beispiel CSV oder XML) veröffentlicht werden, das es ermöglicht, den Datenbestand effektiv zu durchsuchen sowie Daten zu extrahieren, herunterzuladen und problemlos im Internet zu veröffentlichen. Die Website muss für die Öffentlichkeit uneingeschränkt zugänglich sein, ohne dass z. B. eine vorherige Anmeldung als Nutzer erforderlich ist.
- (206) Die Kommission wird auf ihrer Website den Link zu der unter Randnummer (202) genannten nationalen oder regionalen Website zu staatlichen Beihilfen veröffentlichen.

7.2 Berichterstattung

- (207) Gemäß der Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates¹²⁵ und der Verordnung (EG) Nr. 794/2004 der Kommission¹²⁶ müssen die Mitgliedstaaten der Kommission zu jeder nach diesen Leitlinien genehmigten Beihilfemaßnahme Jahresberichte vorlegen.
- (208) Zusätzlich zu den unter Randnummer (207) genannten Jahresberichten müssen die Mitgliedstaaten der Kommission alle zwei Jahre einen Bericht gemäß Anhang V vorlegen, der die wichtigsten Informationen zu den nach diesen Leitlinien genehmigten Beihilfemaßnahmen enthält. Bei der Annahme eines Beschlusses nach diesen Leitlinien kann die Kommission eine weitergehende Berichterstattung über die Beihilfemaßnahme verlangen.

7.3 Monitoring

- (209) Die Mitgliedstaaten müssen detaillierte Aufzeichnungen zu allen Beihilfemaßnahmen führen. Diese Aufzeichnungen müssen alle Informationen enthalten, die erforderlich sind, um feststellen zu können, ob alle in diesen Leitlinien festgelegten Voraussetzungen für die Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt erfüllt sind. Die Mitgliedstaaten müssen diese Aufzeichnungen ab dem Tag der Gewährung der Beihilfe 10 Jahre lang aufbewahren und sie der Kommission auf Anfrage vorlegen.

8 EX-POST-EVALUIERUNGSPLAN

- (210) Um weiterhin sicherzustellen, dass nur begrenzte Wettbewerbs- und Handelsverzerrungen entstehen, kann die Kommission verlangen, dass bestimmte

¹²⁵ Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates vom 13. Juli 2015 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 248 vom 24.9.2015, S. 9).

¹²⁶ Verordnung (EG) Nr. 794/2004 der Kommission vom 21. April 2004 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 93 des EG-Vertrags (ABl. L 140 vom 30.4.2004, S. 1).

Regelungen zeitlich befristet werden (in der Regel auf höchstens vier Jahre) und einer Ex-post-Evaluierung unterzogen werden, um Folgendes zu verifizieren: i) ob die Annahmen und Bedingungen erfüllt sind, auf deren Grundlage sie für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt wurden; ii) die Wirksamkeit der Beihilfemaßnahme in Bezug auf ihre zuvor festgelegten Ziele und iii) die Auswirkungen der Beihilfemaßnahme auf die Märkte und den Wettbewerb und dass während der gesamten Laufzeit der Beihilferegelung keine unverhältnismäßigen Verzerrungen entstehen, die dem Unionsinteresse zuwiderlaufen¹²⁷.

- (211) Eine Ex-post-Evaluierung kann bei Regelungen mit hoher Mittelausstattung oder neuartigen Merkmalen verlangt werden oder wenn wesentliche marktbezogene, technische oder aufsichtsrechtliche Veränderungen abzusehen sind. Ab der Veröffentlichung der Leitlinien wird eine Evaluierung in jedem Fall verlangt, wenn sich die Mittelausstattung der Beihilferegelung oder die verbuchten Ausgaben auf mehr als 150 Mio. EUR in einem Jahr belaufen oder auf mehr als 750 Mio. EUR während der Gesamtlaufzeit der Regelung, das heißt, der kombinierten Laufzeit der Regelung und etwaiger Vorgängerregelungen mit ähnlichem Ziel und für ein ähnliches geografisches Gebiet. Ab der Veröffentlichung der Leitlinien werden in Anbetracht der Evaluierungsziele und zur Vermeidung eines unverhältnismäßigen Aufwands für die Mitgliedstaaten Ex-post-Evaluierungen nur noch für Beihilferegelungen mit einer Gesamtlaufzeit von mehr als drei Jahren verlangt.
- (212) Auf die Anforderung einer Ex-post-Evaluierung kann bei Beihilferegelungen verzichtet werden, die unmittelbar an eine Regelung mit ähnlichem Ziel für ein ähnliches geografisches Gebiet anschließen, wenn diese einer Evaluierung unterzogen wurde, der abschließende Evaluierungsbericht mit dem von der Kommission genehmigten Evaluierungsplan im Einklang steht und die Regelung keinen Anlass zu negativen Feststellungen gegeben hat. Wenn der abschließende Evaluierungsbericht zu einer Regelung nicht mit dem genehmigten Evaluierungsplan im Einklang steht, muss diese Regelung auf Aufforderung der Kommission mit sofortiger Wirkung ausgesetzt werden.
- (213) Im Rahmen der Evaluierung sollte festgestellt werden, ob die Annahmen und Voraussetzungen für die Vereinbarkeit der Regelung mit dem Binnenmarkt bestätigt bzw. erfüllt wurden, insbesondere die Erforderlichkeit und die Wirksamkeit der Beihilfemaßnahme im Hinblick auf ihre allgemeinen und spezifischen Ziele. Ferner sollten die Auswirkungen der Regelung auf Wettbewerb und Handel bewertet werden.
- (214) Für Beihilferegelungen, die nach Randnummer (211) der Evaluierungspflicht unterliegen, müssen die Mitgliedstaaten den Entwurf eines Evaluierungsplans, der fester Bestandteil der Prüfung der Regelung durch die Kommission sein wird, wie folgt anmelden:
 - a) zusammen mit der Beihilferegelung, wenn sich die Mittelausstattung der Beihilferegelung auf mehr als 150 Mio. EUR in einem Jahr oder mehr als 750 Mio. EUR während ihrer Gesamtlaufzeit beläuft;

¹²⁷ Siehe zum Beispiel Beschluss C(2012) 8223 final der Kommission vom 20. November 2012 in der Sache SA.33671 (2012/N) – Vereinigtes Königreich – National Broadband scheme for the UK – Broadband Delivery UK (Nationale Breitbandregelung für das Vereinigte Königreich – Breitbandversorgung im Vereinigten Königreich) (ABl. C 16 vom 19.1.2013, S. 2).

- b) innerhalb von 30 Arbeitstagen nach einer wesentlichen Änderung, mit der die Mittelausstattung der Regelung auf mehr als 150 Mio. EUR in einem Jahr oder mehr als 750 Mio. EUR während der Gesamtlaufzeit der Regelung erhöht wird;
 - c) innerhalb von 30 Arbeitstagen, nachdem in der amtlichen Buchführung Ausgaben auf der Grundlage der Regelung von mehr als 150 Mio. EUR in einem Jahr verzeichnet wurden.
- (215) Der Entwurf des Evaluierungsplans muss den von der Kommission vorgegebenen gemeinsamen methodischen Grundsätzen entsprechen¹²⁸. Die Mitgliedstaaten müssen den von der Kommission genehmigten Evaluierungsplan veröffentlichen.
- (216) Die Ex-post-Evaluierung muss von einem von der Bewilligungsbehörde unabhängigen Sachverständigen auf der Grundlage des Evaluierungsplans durchgeführt werden. Jede Evaluierung muss mindestens einen Zwischenbericht und einen abschließenden Bericht umfassen. Die Mitgliedstaaten müssen beide Berichte veröffentlichen.
- (217) Der abschließende Evaluierungsbericht muss der Kommission rechtzeitig für die Prüfung einer etwaigen Verlängerung der Beihilferegelung, spätestens aber neun Monate vor dem Ende ihrer Laufzeit vorgelegt werden. Diese Frist kann bei Regelungen, die die Evaluierungspflicht in den letzten zwei Jahren ihrer Durchführung auslösen, verkürzt werden. Der genaue Gegenstand der Evaluierung und die Vorgaben für ihre Durchführung werden im Beschluss zur Genehmigung der Beihilferegelung festgelegt. Bei der Anmeldung späterer Beihilfemaßnahmen mit ähnlichem Ziel muss beschrieben werden, wie die Ergebnisse der Evaluierung berücksichtigt wurden.

9 SCHLUSSBESTIMMUNGEN

- (218) Diese Leitlinien gelten ab dem Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union*.
- (219) Nach der Veröffentlichung der Leitlinien im Amtsblatt wendet die Kommission diese Leitlinien auf alle angemeldeten Beihilfemaßnahmen an, auch wenn die Vorhaben vor diesem Datum angemeldet wurden.
- (220) Im Einklang mit der Bekanntmachung der Kommission über die zur Beurteilung unrechtmäßiger staatlicher Beihilfen anzuwendenden Regeln¹²⁹ beurteilt die Kommission rechtswidrige Beihilfen anhand der zum Zeitpunkt der Beihilfegewährung geltenden Regeln. Dementsprechend wird sie diese Leitlinien auf rechtswidrige Beihilfen anwenden, die nach dem Datum der Veröffentlichung der Leitlinien gewährt wurden.
- (221) Die Kommission schlägt den Mitgliedstaaten auf der Grundlage des Artikels 108 Absatz 1 AEUV die folgenden zweckdienlichen Maßnahmen vor:

¹²⁸ Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen „Gemeinsame Methodik zur Evaluierung staatlicher Beihilfen“, Brüssel, 28.5.2014, SWD(2014) 179 final, oder eine sie ersetzende Unterlage.

¹²⁹ ABl. C 119 vom 22.5.2002, S. 22.

- a) Die Mitgliedstaaten müssen erforderlichenfalls ihre bestehenden Beihilferegelungen ändern, um sie innerhalb von zwölf Monaten nach Veröffentlichung der Leitlinien im *Amtsblatt der Europäischen Union* mit den Bestimmungen des Abschnitts 7.1 dieser Leitlinien in Einklang zu bringen.
- b) Die Mitgliedstaaten sollten den unter Buchstabe a vorgeschlagenen geeigneten Maßnahmen (einschließlich Änderungen) innerhalb von zwei Monaten nach Veröffentlichung der Leitlinien im *Amtsblatt der Europäischen Union* ausdrücklich vorbehaltlos zustimmen. Erfolgt keine Stellungnahme, so geht die Kommission davon aus, dass der betreffende Mitgliedstaat den vorgeschlagenen Maßnahmen nicht zustimmt.